

# GROSSBRITANNIEN AM ENDE DER NAPOLEONISCHEN KRIEGE. VOM KRIEG ZUM FRIEDEN: PROBLEME VON WIRTSCHAFT, FINANZEN, GESELLSCHAFT UND INNERER ORDNUNG

Wolf D. Gruner\*

*Schlüsselwörter:* Großbritannien, Napoleonische Kriege, Wirtschaft, Finanzen, Gesellschaft und innerer Ordnung

*Cuvinte cheie:* Marea Britanie, războaie napoleoniene, economie, finanțe, societate, ordine internă

## 1. Überlegungen zur Ausgangslage und zu den Rahmenbedingungen<sup>1</sup>

Im Leben einer Nation bedeutet Krieg stets auch eine Krise des politisch-sozialen Systems. Spannungen und Konflikte werden umso deutlicher, je länger die kriegerische Auseinandersetzung dauert. In der Belastungsprobe des Krieges muss ein politisch-soziales System zeigen, ob seine politische, soziale und wirtschaftliche Verfassung noch passt und Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit noch in Übereinstimmung sind<sup>2</sup>, oder ob die

---

\* Universität Rostock Universitäts professor für Europäische Geschichte, verbunden mit dem Jean Monnet Chair für Europäische Integrationsgeschichte und Europa studien an der Universität Rostock, e-mail: wolf.gruner@uni-rostock.de

<sup>1</sup> Vgl. u.a. Wolf D. Gruner, "Peace and Prosperity. Anmerkungen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dimension britischer Politik am Ende der Napoleonischen Kriege," in Ferdinand Seibt, eds., *Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag* (München -Wien: Oldenbourg, 1988), 2, 204–222; Ders., "Der Deutsche Bund als Centralstaat von Europa' und die Sicherung des Friedens. Aspekte britisch-deutscher Beziehungen in der internationalen Krise von 1819/20," in Lothar Kettenacker, Manfred Schlenke (eds.), *Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge* (München: Fink, 1981), 79–102.

<sup>2</sup> Zu den Auswirkungen kriegerischer Konflikte auf das politisch-soziale System vgl. u.a. Karl Ludwig Ay, *Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges* (Berlin: Duncker & Humblot, 1968), Einleitung – vgl. auch Lancelot L. Farrar, ed., *War. A Historical, Political and Social Study* (Santa Barbara: ABC Clio, 1978).

aufgestauten Spannungen bei mangelnder Reformbereitschaft des Systems sich revolutionär entladen.

Mit Ausnahme einer kurzen Friedensperiode 1802/03, die das Kabinett von Premier Minister Henry Addington<sup>3</sup> für dringende Reformen im administrativen Bereich (u.a. Income Tax) nutzte und durch das neue Feindbild “Little Boney” wichtige psychologische Voraussetzungen für die spätere Kriegführung schuf, stand Großbritannien zwischen 1793 und 1814/15 im Krieg mit der französischen Republik und den Napoleonischen Empire. Kritische innenpolitische Situationen konnten vielfach durch günstige außenpolitische Entscheidungen und die Erschließung neuer bzw. die erneute Öffnung traditioneller Märkte entschärft werden. Das letzte britische Tory-Kriegskabinett wurde 1812, nach der Ermordung Spencer Percevals, von Robert Banks Jenkinson, 2nd Earl of Liverpool gebildet.<sup>4</sup> Er war unter Addington Außenminister und verhandelte 1802 den Friedensvertrag von Amiens, war von 1804–1809 Innenminister. Die Regierung Liverpool wurde als Notlösung empfunden. In der politischen und kommerziellen Öffentlichkeit<sup>5</sup> war man sich einig, dass dem Kabinett Liverpool nur eine kurze Amtszeit vergönnt sein werde. Zu schwierig erschien die außenpolitische Situation durch den Krieg gegen Napoleon und den militärischen Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, der wenige Wochen nach Liverpools Amtsantritt ausgebrochen war. Die innenpolitische Lage stand im Unstern von “Luddite” – Aufständen in den Midlands<sup>6</sup> und einer schlechten

<sup>3</sup> Henry Addington, Viscount Sidmouth (1757–1844), 1801–1804 Premierminister, 1812–1822 Innenminister. Vgl. Charles John Fedorak, *Henry Addington. Prime Minister 1801–1804. Peace, War and Parliamentary Politics* (Akron: University of Akron Press 2002); John Ernest Cookson, *The British Armed Nation 1793–1815* (Oxford: Clarendon Press, 1997).

<sup>4</sup> Norman Gash, *Lord Liverpool. The Life and Political Career of Robert Banks Jenkinson, Second Earl of Liverpool, 1770–1828* (Cambridge/ MA: Harvard UP, 1984). (Neuaufgabe: London: Faber & Faber, 2016); John Ernest Cookson, *Lord Liverpool's Administration 1815–1822* (Edinburgh-London: Scottish Academic Press, 1975).

<sup>5</sup> Zum Begriff der “kommerziellen Öffentlichkeit” vgl. Hans-Jobst Krautheim, *Öffentliche Meinung und imperiale Politik. Das britische Rußlandbild 1815–1854* (Berlin: Duncker & Humblot, 1977), 19 ff.

<sup>6</sup> Vgl. u.a. neben den Akten des Home Office (National Archives Public Record Office, in der Folge NA PRO) Home Office (in der Folge H.O.) 42/117, 118, 119, 126, 130, 141 sowie H.O. 40/2/1 40/1/1. Frank Peel, *The Risings of the Luddites, Chartists, and Plug-Drawers* (London: Routledge, 42020 (Hedmondwike 1888); Charles Rivers, *Editors, The Luddites. The History and Legacy of the English Rebels who protested against advanced Machinery during the Industrial Revolution* (E-book 2018); Edward Palmer Thompson, *The Making of the English Working Class with an Introduction von Michael Kenny* (dt. Die Entstehung der Englischen Arbeiterklasse. Frankfurt a. M: Suhrkamp) (London: Penguin, 2013 (1963); Harold Bloom, ed., *George Gordon, Lord Byron* (New York: Blooms Literary Criticism, 2009), In seiner Jungferrede im House of Lords zur Frame Work Bill verteidigte er am 27.2.1812 die Aktionen der Ludditen in

Absatzlage der Industrie. Hinzu kamen die durch die enormen Kriegskosten bedingten finanziellen Probleme. Es war daher umso erstaunlicher, dass sich diese Tory-Regierung fast fünfzehn Jahre an der Macht halten sollte und wohl auch noch länger am Ruder geblieben wäre, hätte nicht 1827 ein Schlaganfall Liverpool zum Rücktritt gezwungen.<sup>7</sup> Es war sicherlich nicht leicht, in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchsperiode, in der zahlreiche Gruppen die drängenden Probleme entweder nur in radikaler Reform oder gar durch Umsturz des bestehenden politisch-sozialen Systems lösen wollten, einen Kurs zu steuern, der durch "improvements" und schrittweise Reformen eine Revolution verhinderte und bestehende Spannungen innerhalb des politisch-sozialen Systems abbaute. Maßnahmen waren hierbei vor allem im sozialen und wirtschaftlichen Bereich notwendig.

Eine Politik, die angesichts einer "expanding and more assertive political public"<sup>8</sup> die dominierende Rolle einer aristokratisch-großbürgerlichen Herrschaftselite möglichst langfristig sichern und erhalten wollten, konnte nur dann erfolgreich sein, wenn sie durch schrittweise, der jeweiligen Situation angepasste politische, wirtschaftliche und soziale Reformen die eigene Machtbasis verbreiterte und so zur Herrschaftsstabilisierung beitrug.

Für die Regierung Liverpool bestand zunächst keine dringende Notwendigkeit für eine derart eingehende Reformpolitik, denn noch stand die machtpolitische Auseinandersetzung im Vordergrund. Das Jahr 1812 brachte die Wende im Krieg gegen Napoleon und damit Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende. Das Parlament billigte bereitwillig die finanziellen Forderungen für Kriegführung und Subsidien. Vermehrte Kriegsanstrengungen ließen die Industrieproduktion ansteigen und führten zu einem kurzen Boom. Die Absatzchancen des britischen Handels wuchsen, nachdem der europäische Markt wieder offen war und die Regierung die sogenannten "Orders in Council" aufgehoben hatte. Die landwirtschaftlichen Preise und damit die Einkommen des "landed Interest" blieben auf hohem Niveau. Die Prosperität der letzten Kriegsjahre und durchschnittliche bzw. gute Ernten, auch in Irland, dämpften die sozialen Unruhen. Zusätzliche Wirkung erzielten die harten Urteile gegen die Ludditen. Doch hatten die erfolgreich überwundenen Unruhen im industriereichen Mittelengland auf Regierungsseite die Einsicht gefördert, dass auf Dauer andere nicht repressive Mittel und Wege gefunden werden mussten, um die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der sich rasch entwickelnden industriellen Regionen zu bewältigen. Man dachte im Home Office

---

Nottinghamshire (Hansard Parliamentary Debates – House of Lords – in der Folge Hansard HoL), 21, Sp. 964–979, Sp. 966–972.

<sup>7</sup> John Ernest Cookson, *Lord Liverpool's Administration. The Crucial Years 1815–1822*.

<sup>8</sup> *Ibid.*, VII.

vor allem an gesetzgeberische Maßnahmen, die eine effektivere Arbeit der Grafschaftsbehörden und des “Local Government”<sup>9</sup> ermöglichten und damit allzu schnelle und häufige Einsätze von Militär aufgrund des “Insurrection Act” verhinderten. Auch im Parlament wurde für die Senkung des Strafmaßes für “Maschinenstürmer” plädiert.<sup>10</sup>

Der Sieg über Napoleon und die langersehnte Wiederherstellung des Friedens wurde von der britischen Bevölkerung mit Dankgottesdiensten, Illuminationen und Volksfesten gefeiert. Es wurden Feuerwerke veranstaltet und in Umzügen die Konterfeis der Kriegshelden Wellington, Blücher und Zar Alexander mitgeführt.<sup>11</sup>

In den Kriegsjahren waren allerdings auch Hoffnungen und Illusionen über die Wirkungen eines Friedens für das gesamte Land entstanden. “Frieden und Wohlstand” (Peace and Plenty) verbanden sich zu einem untrennbaren Begriffspaar in den Erwartungen einer Generation, für die beinahe zwanzig Jahre lang der Krieg zum “Normalzustand” geworden war. Man wollte die Früchte des Sieges, “Peace and Plenty”, möglichst bald und vollständig genießen. Parlament und Öffentlichkeit drängten auf einen schnellen Friedensschluss. Mit Ungeduld erwartetet man daher das Ende der Pariser Friedensverhandlungen, um die den Staatshaushalt so sehr belastenden beträchtlichen Subsidienzahlungen an die britischen Verbündeten endlich einstellen zu können und die kriegsbedingten staatlichen Eingriffe zu beenden. Vom Friedensschluss erhoffte man die Öffnung des europäischen Marktes, insbesondere des französischen, und nicht zuletzt den Wegfall der drückenden Kriegssteuer. Damit würde Kapital frei für Handel, Industrie und Landwirtschaft. Mit dem Abbau der Staatsschulden und den Rückzahlungen hoffte man, Einsparungen in den Staatsausgaben zu finanzieren.

Ähnlich wie ein Jahrhundert später, nach dem Ersten Weltkrieg, erwiesen sich diese Erwartungen als Wunschdenken.<sup>12</sup> Erste ernsthafte Erschütterungen

<sup>9</sup> Vgl. hierzu John Joseph Clarke, *A History of Local Government of the United Kingdom* (London: Pittman, 1948 (1879) (Reprint Westport/Conn. 1978); Sidney Webb, Beatrice Webb, *English Local Government from the Revolution to the Municipal Act*, 9 Bde. Bd. 7–9 (London: Longmans Green, 1929) (Reprint London, 1963); I. Redlich, F. W. Hirst, *The History of Local Government in England*, 2. Auflage hrsg. v. Bryan Keith-Lucas, (London: Macmillan, 1970); Arthur Redford, *The History of Local Government in Manchester* (London: Longmans, 1970 (1939); K. B. Smellie, *A History of Local Government* (London: Allen & Unwin, 1968).

<sup>10</sup> Vgl. *Hansard Parliamentary Debates I/XXVII*, Sp. 275 ff. (House of Lords – in der Folge HoL), Sp. 208 ff., 218 ff., 246 ff. (House of Commons – in der Folge HoC): Diskussion zur “Frame Breaker’s Bill”.

<sup>11</sup> Vgl. Norman Gash, *After Waterloo: British Society and the Legacy of the Napoleonic Wars* (= *Transactions of the Royal Historical Society*), 5th ser., 28 (London, 1978), 145–157.

<sup>12</sup> Vgl. Arthur Marwick, *The Deluge. British Society and the First World War* (London: Macmillan, 1991 (1975, 1965)).

erhielt dieser Glaube durch Napoleons Rückkehr aus Elba und seine Herrschaft der Hundert Tage, die alle wirtschaftlichen und strategischen Pläne über den Haufen warf. Statt weniger Steuern zu zahlen, mussten die Briten zur Finanzierung des Krieges erneut tief in die Tasche greifen. Die Einkommensteuer, deren Aufhebung die Regierung mit Kriegsende versprochen hatte, sollte auf ein weiteres Jahr erhoben werden.

## 2. Die britische Wirtschaft, Handel, Finanzen, Steuern und sozialer Wandel

Während der Kriege stieg das Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben zunehmend<sup>13</sup> und ließ die Staatsschuld anschwellen. Im entscheidenden Kriegsjahr 1813 konnte Großbritannien aufgrund der wirtschaftlichen Rezessionen der Jahre 1811/12 nur 40,8 Prozent seines Finanzbedarfes über Einnahmen aus Steuern und Zöllen decken und musste sich den Rest über den Kreditmarkt besorgen.<sup>14</sup> Belastend wirkte sich auch der Krieg mit den USA in Übersee seit 1812 aus.<sup>15</sup> Auch in den beiden folgenden Jahren war es erforderlich, 54,7 Prozent bzw. 54,9 Prozent durch Anleihen zu beschaffen.<sup>16</sup>

Dieser drastisch angestiegene Finanzbedarf des Staates musste finanziert werden, ohne Handel, Industrie und Grundbesitz sowie die übrigen Steuerzahler zu stark zu belasten, d.h. es mussten die Voraussetzungen geschaffen werden, die den außenpolitischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Bedürfnissen gerecht wurden und das Kriegsziel ohne Überdehnung der eigenen Kräfte und Ressourcen sichern konnten.

Hierzu mussten im Wesentlichen drei Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Wachstumsrate von Handel, Industrie und Landwirtschaft musste so groß sein, dass die Regierung den zunehmenden Wohlstand – unter Berücksichtigung von vor allem in Kriegszeiten häufiger auftretenden

<sup>13</sup> Die Staatseinnahmen für das Wirtschaftsjahr vom 6.1.1813–5.1.1814 beliefen sich auf 109,078,113 Pfund Sterling (£) 15 sh 5  $\frac{3}{4}$  d (Grand Total), die Ausgaben dagegen betrugen 113,968,610 £ 16 sh 10  $\frac{1}{2}$  d (Angaben nach HoC I/XXVIII, S. II, S. XXIII).

<sup>14</sup> Vgl. Norman J. Silberling, "Financial and Monetary Policy of Great Britain during the Napoleonic Wars," *Quarterly Journal of Economics* XXXVIII/1924, 214–233, 397–439, Statistik, 218.

<sup>15</sup> Vgl. Jeremy Black, *The War of 1812 in the Age of Napoleon* (London, New York: Continuum, 2009); Reginald Horsman, *The Causes of the War of 1812* (New York: Barnes, 1962); Harold Perkins, *Prologue to War 1805–1812. England and the United States* (Berkeley Los Angeles: California UP, 2021 (1974, 1961); vgl. auch Wolf D. Gruner, *Großbritannien, der Deutsche Bund und die Struktur des europäischen Friedens im frühen 19. Jahrhundert. Studien zu den britisch-deutschen Beziehungen in einer Periode des Umbruchs 1800/1812–1820*, Habilitationsschrift LMU (München: Universität, 1979), 2 Bde., Bd. 1, 77ff.

<sup>16</sup> Silberling, *Statistik*, 218.

wirtschaftlichen Wechsellagen – durch Kriegssteuern für ihren steigenden Finanzbedarf abzuschöpfen vermochte, ohne die Unternehmerinitiative (z. B. Schaffung von Rücklagen für investive Maßnahmen) zu lähmen, die innenpolitische Opposition zu begünstigen und soziale Spannungen aufgrund steigender Preise und fallender Löhne zu provozieren.

2. Die Regierung musste zur dringend notwendigen Fremdfinanzierung der meisten Staatsausgaben<sup>17</sup> ihre Kreditwürdigkeit auf dem Kapitalmarkt erhalten, da Regierungsanleihen nur gezeichnet wurden, wenn die Anleger den finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung und der späteren Rückzahlungsfähigkeit vertrauten.

3. Der britische Außenhandel musste nicht nur gewahrt, sondern es mussten auch, mit direkter oder indirekter Unterstützung der Regierung, neue Märkte eröffnet werden.<sup>18</sup>

Diese Forderungen konnten während des Krieges weitgehend erfüllt werden; allerdings vielfach unter Aufbietung der letzten Reserven und mit den Begleiterscheinungen ökonomischer Krisen und sozialer Konflikte und Unruhen.

Eine wesentliche Bedingung für die Überlebensfähigkeit Großbritanniens in den napoleonischen Kriegen war u. a. die Einführung eines wirkungsvollen Finanzsystems. Dieses wurde durch das Ministerium Addington in der kurzen Friedensperiode 1802/3 erstmals verbessert.<sup>19</sup> Hierzu gehörte neben einer reformierten und damit effektiveren Einkommenssteuer ein Schuldentilgungsfond (“Sinking Fund”), der eine Rückzahlung der Staatsschulden innerhalb von 45 Jahren vorsah.<sup>20</sup> Vor allem die gegen starken parlamentarischen Widerstand durchgesetzte Einkommenssteuerreform, die die “Taxation at the Source”

<sup>17</sup> Ibid., 218: Zwischen 1803 und 1814 lag die Fremdfinanzierung durch Anleihen stets deutlich über 40%, in sechs Jahren deutlich darüber (50%). Spitzenjahre der Fremdfinanzierung 1797: 71,2% – 1801: 65,3 (!)% – 1813: 59,2%; Vgl. hierzu auch insgesamt: Paul M. Kennedy, *The Rise and Fall of British Naval Mastery* (London: Humanity Books, 1976 (2006), 154; vgl. auch Ders., *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000* (New York: Random House, 1987), 126 ff.

<sup>18</sup> Vgl. z. B. Lord Castlereagh’s “Memorandum for the Cabinet, relative to South America” vom 1.5.1807 in dem die Kosten-Nutzen Relation bei militärischen Aktionen in Südamerika untersucht wird (Castlereagh war zu diesem Zeitpunkt britischer Kriegsminister). Vgl. hierzu: Charles Kingsley Webster, *Latin America* und James Fred Rippey, *Rivalry of the United States and Great Britain over Latin America (1808–1830)* [= The Albert Shaw Lectures on Diplomatic History, 1928, Reprint New York, 1964, bes. 1ff. Political and Economic Issues (1808–1823)].

<sup>19</sup> Vgl. hierzu ausführlicher Gruner, *Großbritannien und die Struktur des europäischen Friedens*, Bd. 1, Kap. 2.1.

<sup>20</sup> Phyllis Deane, W. A. Cole, *British Economic Growth, 1688–1959. Trends and Structures* (Cambridge: Cambridge UP, 1967), 263 ff., 323 ff.; Arthur Hope-Jones, *Income Tax in the Napoleonic Wars* (Cambridge: Cambridge UP, 1939), 1 ff.

vorsah und mit geringeren Steuersätzen zum Teil weit höhere Erträge als die alte "Income Tax" ermöglichte, wurde das entscheidende Rückgrat für die Leistungsfähigkeit Großbritanniens in den zwölf Kriegsjahren seit 1803.<sup>21</sup>

Die wirtschaftliche Prosperität Großbritanniens wurde immer wieder durch äußere Einflüsse beeinträchtigt, die dem britischen Handel Märkte verschlossen. Dies galt für die seit 1806 eingeführte Kontinentalsperre sowie für die amerikanischen Boykottmaßnahmen gegen britische Waren und den Ausbruch des britisch-amerikanischen Krieges von 1812. Glücklicherweise eröffneten sich durch die Kriegsereignisse in Europa immer wieder Zugänge zum europäischen Markt; außerdem erschloss sich die britische Wirtschaft neue Märkte in Übersee, so vor allem in Südamerika, Afrika und Asien.

Die Kriege gegen die Französische Republik und das napoleonische Empire bewirkten auch einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel, der alle Lebensbereiche erfasste. Die britischen Herrschaftseliten mussten diesen Veränderungen zunehmend Beachtung schenken, da sich aus ihnen sowohl positive als auch negative Rückwirkungen auf das bestehende politisch-soziale System ergaben.

Am sichtbarsten für den Beobachter war eine "technologische Revolution". Sie entstand als Folge der rapiden Beschleunigung und Intensivierung der sog. „Industriellen Revolution“ mit tiefgreifenden Auswirkungen auch auf bestehende Gesellschaftsstruktur und Mentalität immer breiterer Schichten. Sie ließ, begünstigt durch ein "künstliches wirtschaftliches Klima" während der Kriege, die Produktionsziffern emporschnellen und ersetzte in verschiedenen Bereichen – mit bedingt durch die Bedürfnisse der Teilstreitkräfte, die dem Arbeitsmarkt Kräfte entzogen – zunehmend die menschliche Arbeitskraft.

Die britische Infrastruktur und das Transportsystem wurden durch neue Straßen und den Ausbau des Kanalsystems mit Schleusen verbessert. Dies führte unter anderem zur Intensivierung des innerbritischen Waren- und Güteraustausches, aber auch zur Verbesserung der Exportchancen verschiedener Industrien, die durch das Kanalsystem leichteren Zugang zu den Exporthäfen (z. B. Liverpool, Bristol) erhielten, sowie besser mit Rohstoffen, beispielsweise Kohle, versorgt werden konnten. Eine wichtige Vorbedingung für die Standortwahl. Vor allem aber behob der Ausbau des Kanalsystems die Brennstoffknappheit, so dass der Aufbau neuer Industrien, die auf den Einsatz von Dampfkraft angewiesen waren, ermöglicht wurde.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Deane, Cole, *British Economic Growth*, 263ff., 323ff.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu u. a. H. J. Dyos, Derek Howard Aldcroft, *British Transport: An Economic Survey from the Seventeenth Century to the Twentieth* (Leicester: Leicester UP, 1974 (1969), 99 ff., bes. 111; vgl. auch Derek Howard Aldcroft, Michael J. Freeman, eds., *Transport in the Industrial Revolution* (Manchester: Manchester UP, 1983).

Angewiesen auf die Versorgung mit billigen Brennstoffen, beispielsweise mit Kohle, war insbesondere die Baumwollindustrie. Mit ihrem Bedarf an Maschinen und Kohle beschleunigte sie während des Krieges den industriellen Aufschwung<sup>23</sup> und stieg selbst – für ein Jahrhundert – zur führenden britischen Exportindustrie auf. Aufgrund ihrer Exportabhängigkeit reagierte sie jedoch empfindlicher als andere Industrien auf wirtschaftliche Rezessionen. Dies zeigte die Wirtschaftskrise 1811/12 mit ihren Unruhen in den Zentren der Baumwollindustrie in den Midlands.<sup>24</sup> Diese Spannungen waren nicht allein Ergebnis steigender Lebenshaltungskosten und fallender Löhne. Neue Technologien und Verarbeitungstechniken machten traditionelle Berufe überflüssig, zugleich konnte billiger und mehr produziert werden. Die Magistrate und die Militärs vor Ort meldeten an das Innenministerium u.a., dass Dampfwebstühle vernichtet worden seien, dass unter der Bevölkerung große Unzufriedenheit über die neuen Webstühle herrsche. Davon seien neben “other Trades” 45000 betroffen.<sup>25</sup> Dieser wirtschaftliche und soziale Wandel zog Spannungen nach sich, die gerade die entstehenden Industrieregionen in Mittel- und Nordengland, in Südwaales und in Westschottland besonders anfällig für Unruhen und Ausschreitungen machten.<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Vgl. hierzu u. a. Stanley David Chapman, *The Cotton Industry in the Industrial Revolution* (London: Palgrave Macmillan, 1972), 17 ff. Zur Rolle und Bedeutung der Baumwolle und der Baumwollindustrie vgl. u.a. Sven Beckert, *Empire of Cotton. A Global History* (New York: Vintage, 2015).

<sup>24</sup> Zu den “Luddite Riots” 1812 vgl. National Archives London (in der Folge NA PRO) Home Office (in der Folge H.O.) 40/2/1 – NA PRO H.O. 40/1/1 pt. I – NA PRO H.O. 42/117–119, 126.

<sup>25</sup> NA PRO H.O. 40/1/1 pt. I (1811/12): Ein Magistrat berichtete, dass ein Weber mit 5 Kindern, der 16 Stunden täglich arbeitet 9 sh pro Woche an Lohn erhalte. Davon gehen 2 sh für Kohle und 1 sh für Kerzen ab. *My family live upon Potatoes chiefly and we have a pint of Milk per day.* Es gebe aber viele, die weniger als 8 sh pro Woche verdienen. *The whole county is entirely dissatisfied. A Man's life is of no value.*

<sup>26</sup> Zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel vgl. u. a. Robert C. Allen, *The British Industrial Revolution in Global Perspective* (Cambridge: Cambridge UP, 2009); R. M. Hartwell, *The Industrial Revolution and Economic Growth* (London: Methuen, 1971); R. M. Hartwell, *Causes of the Industrial Revolution in England* (London: Routledge, 1980); Peter Mathias, *First Industrial Nation. The Economic History of Britain 1700–1914*, (London: Routledge, 2001); Pauline Gregg, *A Social and Economic History of Britain 1760–1980* (London: Harrap, 1993(1950)); Trevor May, *An Economic and Social History of Britain 1760–1970* (London: Longman, 1987); Harold Perkin, *The Origins of Modern English Society 1780–1880* (London: Routledge, 2002 (1969)); Dorothy Marshall, *Industrial England 1776–1851 (Development of English Society Series)* (London: Routledge, 2014 (1973)); Neil J. Smelser, *Social Change in the Industrial Revolution. An Application of Theory to the Lancashire Cotton Industry 1770–1840* (Chicago: Chicago UP, 1972 (1959)); Edward Palmer Thompson, *The Making of the English Working Class* [dt.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. 2 Bde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1987] (Harmondsworth: Penguin 1974 (1963) Reprint 1992); Eric J. Hobsbawm, *Labouring Men. Studies in the History of Labour*



Die britische Textilindustrie – Baumwolle, Wolle, Leinen, Seide, Kammgarnstoffe – behauptete während der Kriege etwa 70 Prozent des Gesamtexportes, und dieser Anteil sollte sich nach 1814 noch steigern;<sup>27</sup> der Krieg führte auch zu zum Teil wesentlichen Produktionserweiterungen durch Regierungsaufträge, etwa für Uniformen für Armee und Marine, Decken und Uniformen.

Auch andere Industriezweige profitierten von den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft. So erfuhren die eisenverarbeitende Industrie (Waffen und Munition), der Maschinen- und Werkzeugbau, die chemische Industrie (Pech und Schießpulver) einen vielfach unnatürlichen, weitgehend von Regierungsaufträgen abhängigen Boom. Die Werftindustrie profitierte nicht allein vom Mehrbedarf an Kriegsschiffen, auch die Handelsmarine steigerte wesentlich ihre Transportkapazitäten.

Mitgerissen vom wirtschaftlichen Aufschwung wurden auch andere Industriezweige, so die Bauwirtschaft, die Brennstoffindustrie, Banken und Versicherungen, die Erzeuger für die Grundnahrungsmittel und schließlich die Hersteller von Haushaltsgeräten.

Weitverbreitet war während der gesamten Kriegsdauer die Furcht vor Preiskrawallen wie 1795/96 und 1800/1801, die dazu führen konnten, dass Agitatoren die Unzufriedenheit weiter Teile der britischen Bevölkerung für eine jakobinische Revolution benützen würden. Hinzu kam die Angst vor einer Hungerkatastrophe, falls die notwendigen Getreideimporte vom Kontinent ausblieben. Dies alles war die Voraussetzung für jenen unnatürlichen, künstlichen Aufschwung, den die britische Landwirtschaft in den Kriegsjahren nahm. Die Anbaufläche für Getreide wurde durch die Erschließung von Brachland und die Einhegung von Gemeindeland beträchtlich erweitert. Dabei kam auch Land unter den Pflug, dessen Bebauung in Friedenszeiten unwirtschaftlich war und dessen Ertrag der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen sein sollte. Während der napoleonischen Kriege wurde die Getreideproduktion um etwa

---

(London: Weidenfeld & Nicolson, 2015 (1964); S. G. Checkland, *The rise of industrial society in England 1815–1885* (New York: St. Martin's Press, 1971(1964) published online 2011 Cambridge UP; Malcolm I. Thomis, *The Town Labourer and the Industrial Revolution* (New York: Barnes & Nobles, 1974); Malcolm I. Thomis, *Responses to Industrialisation. The British Experience 1780–1850*, (Newton Abbot: David & Charles, 1976); Malcolm I. Thomis, *The Luddites. Machine-Breaking in Regency England*, (Newton Abbot Hamden: David & Charles, Archon Books, 1970); John Forster, *Class Struggle and Industrial Revolution: Early Industrial Capitalism in three English Towns* (New York: St. Martin's Press, 1974).

<sup>27</sup> Vgl. Brian R. Mitchell, Phyllis Deane, *British Historical Statistics*, 279–281; Brian R. Mitchell, *British Historical Statistics* (Cambridge: Cambridge UP, 1988), 442ff.; Phyllis Deane, W. A. Cole, *British Economic Growth, 1688–1959. Trends and Structures* (Cambridge: Cambridge UP, <sup>2</sup>1967 (1962); Mathias, *First Industrial Nation*, 466.

50 Prozent erhöht, dabei waren aber nur 15 Prozent auf die neuen Anbauflächen zurückzuführen. Entscheidend war vor allem, dass diese Ertragssteigerung durch neue Anbaumethoden und den Einsatz von Maschinen gelang, denn aufgrund des wachsenden Bedarfs an Soldaten und Seeleuten standen Landarbeiter nicht mehr im erforderlichen Ausmaß zur Verfügung. Hier deuten sich bereits Probleme an, die nach dem Ende des künstlichen Agrar-Booms ab 1814/15 das innenpolitische Klima in Großbritannien nachhaltig beeinflussen sollten.<sup>28</sup>

Als mit dem Zweiten Pariser Frieden die lange und entbehrungsreiche Kriegszeit endlich abgeschlossen war und Großbritanniens Schlüsselstellung während der Kriege eine Friedensordnung im Sinne des “British Interest” ermöglichte, sah sich das Kabinett Liverpool Zuhause mit den Problemen des Friedens konfrontiert. Diese wirkten nachhaltig insbesondere auf die Bereiche Finanzen, Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit dem Krieg von 1815 hatte die britische Staatsschuld ein Ausmaß erreicht, das die Regierung in ernsthafte Schwierigkeiten brachte. Das Parlament hatte verschiedene Steuern nur auf Kriegsdauer genehmigt und bereits in der Wintersession 1814/15 die Aufhebung der “Property Tax” gefordert. Schuldentilgung und anfallende Zinsen konnten jedoch ohne eine Fortführung der Kriegssteuern, insbesondere der “Property Tax”, nicht geleistet werden.<sup>29</sup> Gerade wegen der anstehenden parlamentarischen Auseinandersetzungen drängte das Kabinett seinen Vertreter auf dem Wiener Kongress, den Außenminister und Führer des Unterhauses Lord Castlereagh, den Frieden

<sup>28</sup> Zu den Problemen der Landwirtschaft vgl. u. a. Eric Kerridge, *The Agricultural Revolution* (London: Routledge, 2005 (1967)); E. L. Jones, *Agriculture and Economic Growth in England 1650–1815* (London: Methuen, 1967); E. L. Jones, “The Agricultural Labour Market in England, 1793–1872,” *Economic History Review* 17/2 (1964): 322–338; Gordon E. Mingay, *Enclosure and the Small Farmer in the Age of the Industrial Revolution* (London Basingstoke: Macmillan, 1983 (1968)); Gordon E. Mingay, *The Agricultural Revolution. Changes in Agriculture, 1650–1880* (London: Adam & Charles Black, 1977); E. L. Jones, *The Development of English Agriculture 1815–1873* (London: Palgrave, 1968); J. D. Chambers, Gordon E. Mingay, *The Agricultural Revolution 1750–1850* (London: B.T. Batsford, 1966); Mark Overton, *The Agricultural Revolution in England 1500–1850*, (Cambridge: Cambridge UP, 2002); Mark Overton *The Agricultural Revolution in England: The Transformation of the Agrarian Economy. 1500–1850* (Cambridge: Cambridge UP, 1996); Peter M. Jones, *Agricultural Enlightenment. Knowledge, Technology and Nature 1750–1840* (Oxford: Oxford UP, 2016); J. T. Ward, R. G. Wilson, eds., *Land and Industry. The landed Estate and the Industrial Revolution* (Newton Abbot: David & Charles, 1971).

<sup>29</sup> Zu den Steuern in Großbritannien zwischen 1789 und 1819 vgl. u.a. Martin Daunton, *Trusting Leviathan: the politics of taxation in Britain, 1799–1914* (Cambridge: Cambridge UP, 2007); Stephen Dowell, *History of Taxation and Taxes* (London: Routledge, 2013); Stephen Dowell, *A History of Taxation and Taxes in England from the earliest Times to the present day*. With a new Introduction by A. R. Ilesic. 4 Bde. (New York: M. A. Kelley, <sup>3</sup>1965), Bd. II, Kap. IX, 240ff. – überarbeitete Ausgabe London: Routledge, 2013.

nahezu um jeden Preis zu erhalten, die Beratungen zu beschleunigen und möglichst bald nach London zurückzukehren, um in den Parlamentsdebatten zur Verfügung zu stehen. Liverpool bat Castlereagh bis zum 9. Februar zurück in England zu sein: *The discussions relative to the Property Tax and the Bank Restriction must come on immediately. The consideration of the Corn Laws cannot be long deferred, and, I have no doubt, will be mooted before the Houses have been assembled a week. Ground once lost by Government on questions of their importance in public opinion is not easily recovered. It is of importance that the first impression should be favourable and should inspire confidence.*<sup>30</sup> Es sei die einhellige Meinung *of all my colleagues and those members of the House of Commons whom we are both in the habit of consulting on such matters, and who are perhaps better acquainted with the House of Commons than any Minister, that it is absolutely necessary that you should be here as soon as possible after the meeting of Parliament. You can have no idea how much ground the Government lost in the House of Commons, in the short session before Christmas.* Die entscheidenden Debatten müssten vor Anfang April geführt werden. *The questions of contest will be the questions of finance, and the political questions will principally be discussed and brought in as auxiliaries.*<sup>31</sup> Castlereagh aber glaubte auch aus innenpolitischen Überlegungen, die britische Verhandlungsführung auf dem Wiener Kongress erst dann abgeben zu können, wenn die entscheidenden Grundlagen für eine stabile europäische Friedensordnung geschaffen waren.<sup>32</sup> Das Kabinett drängte auf Castlereaghs Heimkehr vor allem auch

<sup>30</sup> Liverpool – Castlereagh, Bath 12.1.1815, in Charles William Vane, Marquess of Londonderry, ed., “Correspondence, Dispatches, and other Papers of Viscount Castlereagh Second Marquess of Londonderry. Third Series Military and Diplomatic,” in Four Volumes, II (in Folge CC X) (London: John Murray, 1853), 239f., 239.

<sup>31</sup> Ibid., CC X, Liverpool – Castlereagh Bath 16.1.1815 – S. 240f. Vgl. auch: British Library (in der Folge BL) Additional Manuscripts (in der Folge Add. MSS) Liverpool Papers 38261 Liverpool – Castlereagh, Bath, 6.1.1815, secret & confid. (Draft). Ibid., Castlereagh – Wellington, Wien, 4.1.1815 sowie, CC X, Castlereagh – Bathurst, Wien, 30.1.1815, 247 f.

<sup>32</sup> Zur Rolle Castlereaghs auf dem Kongress sowie zu den Problemen der europäischen Neuordnung auf dem Wiener Kongress vgl. u.a. W. Gruner, *Großbritannien und die Struktur des europäischen Friedens*, Bd. 1, 269ff. Bd. 2, 227ff.; W. Gruner, *Der Wiener Kongress 1814/15* (Stuttgart: Reclam, 2014); Charles Kingsley Webster, *The Congress of Vienna 1814–1815* (London: Thames & Hudson, 1969 (1919), 50ff.; Charles Kingsley Webster, *The Foreign Policy of Castlereagh 1812–1815* (London: Bell & Sons, 1950 (1931); Charles Kingsley Webster, ed., *British Diplomacy 1813–1815. Select Documents dealing with the Reconstruction of Europe* (London: Bell & Sons, 1921); Reinhard Stauber, *Der Wiener Kongress* (Wien: Böhlau, 2014); Brian Vick, *The Congress of Vienna. Power and Politics after Napoleon* (Cambridge/ MA: Harvard UP, 2014); Heinz Duchhardt, *Der Wiener Kongress. Die Neugestaltung Europas 1814/15* (München: C. H. Beck, 2013); Thierry Lentz, *Le Congrès de Vienne. Une refondation de l'Europe 1814–1815* (Paris: Perrin, 2013); Mark Jarrett, *The Congress of Vienna and its Legacy. War and Great Power*

wegen seines großen Einflusses auf diejenigen Abgeordneten, die in der Regel die Regierung unterstützten. Gerade aber unter ihnen schienen viele in der Frage der "Property Tax" nicht gewillt, den Regierungsanträgen zu folgen. Durch die Rückkehr Napoleons wurden indes die Debatten um die Aufhebung oder Fortdauer der "Property Tax" nochmals vertagt. Für die nach dem Zweiten Pariser Frieden beginnende Parlamentssession standen jedoch harte und klippenreiche Debatten über Haushalts- und Steuerpolitik zu erwarten, zumal Großbritannien – für zahlreiche Briten unverständlich – auf französische Kriegskontributionen verzichtet hatte, um die Bourbonenherrschaft nicht von vornherein mit einer schweren Hypothek zu belasten. Castlereagh erblickte hierin ein Kapital, das zugunsten von Großbritanniens Sicherheit auf Dauer arbeiten werde.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen der ersten Nachkriegsjahre in Parlament und Öffentlichkeit standen vor allem im Zeichen der Finanz- und Steuerpolitik – hier besonders der "Property Tax" – der Getreidegesetze (Corn Laws) sowie der Einsparungen, der Pfründenwirtschaft, der Zoll-, Währungs- und Militärpolitik.<sup>33</sup>

Die Frage der Staatsfinanzen hatte das Kabinett Liverpool seit dem Pariser Frieden von 1814 eingehend beschäftigt. Die kritische Situation verbot nach Auffassung des Finanzministeriums für mehrere Jahre eine aktive Beteiligung Großbritanniens an einem europäischen Krieg.<sup>34</sup> Hinzu kam, dass Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Steuersenkungen nicht allein zum Schlachtrufe der Opposition sondern Objekte allgemeinen öffentlichen Interesses wurden.<sup>35</sup> Angesichts dieser Stimmung in Parlament und Öffentlichkeit zeigte sich das Kabinett Liverpool geneigt, auf die "Property Tax" zu verzichten und ersuchte die Steuerexperten des Regierungslagers hierzu um Stellungnahme. So bat der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Arbuthnot<sup>36</sup> am 4. Februar 1815 den

---

*Diplomacy after Napoleon* (London-New York: L. B. Tauris, 2016 (2014), 50ff.; Harold Nicolson, *The Congress of Vienna. A Study in Allied Unity 1812–1822* (London: Methuen, 1970 (1946), 63ff.

<sup>33</sup> Die Nachkriegspolitik der Regierung Liverpool ist eingehend analysiert bei Cookson, *Lord Liverpool's Administration*, 5 ff.; Vgl. auch Elie Halévy, *A History of the English People in the nineteenth Century*, 1, 2. (London: Barnes & Noble, 1970 (1924); Austin Mitchell, *The Whigs in Opposition 1815–1830* (Oxford: Clarendon, 1967); John W. Derry, *Reaction and Reform 1795–1868* (London: Blandford Press, 1963), 62 ff. Ernest Llewellyn Woodward, *Age of Reform 1815–1870* (Oxford: Clarendon, 1962), 1 ff., 52 ff.

<sup>34</sup> Vgl. BL Add. MSS Bexley Papers 31231, Confidential (Copy), Vansittart – Castlereagh, Downing Street, 17.10.1814 und 26.11.1814. *I consider the renewal of a Continental war at all like we have lately concluded as absolutely impracticable for some years* (26.11.1814).

<sup>35</sup> *Ibid.*, *Economy & relief from taxation are not merely the war cry of opposition, but they are the real objects to which public attention is turned.*

<sup>36</sup> Charles Arbuthnot (1767–1850) 1795/96 und 1809–1831 Mitglied des Unterhauses.

anerkannten Finanzexperten und späteren Wirtschaftsminister William Huskisson<sup>37</sup> sofort nach London zu kommen, da Liverpool mit ihm ausführlich über „Finanzen und Getreide“ sprechen möchte.<sup>38</sup> Arbuthnot legte auch die schwierige Situation der Administration offen, als er feststellte: Diese sei fest entschlossen, die Einkommenssteuer aufzugeben. Es sei jedoch die Art und Weise unklar, wie der Fehlbetrag bei den Einnahmen gedeckt werden solle. Etwa 19 Millionen (Pfund) an Einnahmen aus den Kriegssteuern würden entfallen und er glaube, dass 5 Millionen (Pfund) an neuen Steuern erhoben werden müssten.<sup>39</sup> Darüber hinaus sei die Regierung gezwungen, eine Anleihe von 45 Millionen Pfund aufzulegen. Auch Premierminister Liverpool äußerte sich in einem umfangreichen Memorandum zu den Konsequenzen der Abschaffung der „Property Tax“<sup>40</sup>, die wohl unumgänglich sei. Vor allem müsse die Regierung zunächst den Umfang des permanenten Friedensbudgets und die Finanzierung dieser anfallenden Ausgaben bedenken. Erst dann werde man beurteilen können, auf welche Weise die angefallene Kriegsschuld abzutragen sei.<sup>41</sup> Seiner Meinung nach sei es vertretbar, die Mittel für den „Sinking Fund“ auf zehn Millionen Pfund zu senken. Diese Maßnahme würde sicherlich auf die Börse zurückwirken und könne zu einem starken Kursverfall führen. Sofortige Aufhebung der Einkommensteuer würde jedoch einer depressiven Börsenentwicklung wirkungsvoll begegnen.<sup>42</sup> Die Regierung war somit für die parlamentarischen Auseinandersetzungen gerüstet, zumal auch ihre Unterstützer in Gesprächen und „Arbeitsessen“ auf den Regierungskurs eingeschworen werden sollten.<sup>43</sup> Die „Property Tax“ musste fallen, wollte die

---

Unterstaatssekretär im Schatzamt und Berater Liverpools seit 1812 – Vgl. auch Arthur Aspinall, ed., *The Correspondence of Charles Arbuthnot* (London: Royal Historical Society, 1941) – sowie University of Aberdeen Special Collections: Papers of Charles Arbuthnot.

<sup>37</sup> William Huskisson (1770–1830). Mitglied des Unterhauses 1796–1802, 1804–1830. Vertrauter Canning und Verfechter des Freihandels. Er galt als Finanz- und Wirtschaftsexperte der Regierung Liverpool. Seit 1823 President of the Board of Control.

<sup>38</sup> Vgl. BL Add. MSS Huskisson Papers 38740, Arbuthnot – Huskisson, Treasury Chamber, 4.2.1815

<sup>39</sup> Ibid.

<sup>40</sup> Vgl. BL Add. MSS Liverpool Papers 38366, Memorandum Liverpool 1815: *the first objects which call for attention are the amount of our permanent Peace Expenditure, & the means of providing for it. Having settled those great points, the next consideration would be the outstanding areas occasioned by the war.*

<sup>41</sup> Ibid.

<sup>42</sup> Ibid.: *If it be thought that such a diminuation of the Sinking Fund would be likely to produce too great a depression of the price of stocks, it should be remembered that this tendency will be powerfully counteracted by the immediate Cefstation of the Property Tax, which is assumed in this paper.*

<sup>43</sup> Ibid., *A List of Gentlemen to whom Lord Liverpool's notes have been sent for a meeting sowie eine Lists for Dinner Parties.*

Regierung nicht ihren Sturz riskieren. Diesen Rat gab Canning in einem Brief an Huskisson: Die Vermögenssteuer (Property Tax) *is, however [...] laid to than modified for it could not have been modified to any useful purpose in the present state of feelings of the Country, & the attempt might have shaken the Government to pieces.*<sup>44</sup> Um aber die Zustimmung der zur "landed interest" gehörenden Unterstützer der Regierung zu erreichen musste sich die Regierung angesichts der kritischen Situation der Landwirtschaft für die umstrittene "Corn Law" Gesetzgebung einsetzen,<sup>45</sup> ungeachtet massiver öffentlicher Proteste.<sup>46</sup> Andererseits wollte die Regierung mit Abschaffung der "Property Tax" jenen in Westminster bislang kaum repräsentierten Gesellschaftsgruppen entgegenkommen, die als "Property and Intelligence" definiert werden können. Die Regierung musste bei ihren Maßnahmen auf diese "respectable opinion" Rücksicht nehmen, die in der öffentlichen Meinung eine wichtige Rolle spielte. An ihrer Mitarbeit musste die aristokratische Herrschaftselite langfristig interessiert sein, wollte sie ihre eigene Stellung nicht gefährden.

Ebenso wie die Regierung 1812 aus diesen Überlegungen eine parlamentarische Auseinandersetzung über die "Orders in Council" für zu riskant hielt, wollte sie im Frühjahr und Winter 1815 einen möglicherweise existenzbedrohenden Konflikt um die "Property Tax" vermeiden. Am 9. Februar 1815 hatte der Chancellor of the Exchequer, Nicholas Vansittart, im Unterhaus einen neuen Finanzplan der Regierung angekündigt<sup>47</sup>, der auf die "Property Tax" verzichtete und dem Parlament am 20. Februar vorgelegt wurde;<sup>48</sup> er sah neue Steuern in Höhe von 3,729 Millionen Pfund vor und war das Ergebnis eingehender Beratungen des Kabinetts.<sup>49</sup> Belastet wurden – wegen der schlechten Finanzsituation der Landwirtschaft – insbesondere Handel und Industrie. Vansittart behielt sich allerdings vor, die "Property Tax" weiter zu erheben, falls der Friedensvertrag mit den USA nicht ratifiziert werde. Napoleons überraschende Rückkehr verhinderte die Verabschiedung des neuen Finanzplanes, der vor allem beim "Commercial Interest" auf Kritik gestoßen war. Am 17. April

<sup>44</sup> BL Add. MSS Huskisson Papers 38740: Canning – Huskisson, Lissabon 17.3.1815.

<sup>45</sup> Ibid., Arbuthnot – Huskisson, Treasury Chamber 4.2.1815: *Something is certainly to be done to relieve the landed interest, but the doubt is whether the Measure, whatever it may be, should originate with Government or with the land proprietors, being in this case warmly supported by Govt.*

<sup>46</sup> Vgl. hierzu NA PRO H.O. 42/142, 144 mit zahlreichen Flugschriften und Petitionen an das Parlament.

<sup>47</sup> Vgl. Hansard I/XXIX, HoC Sp. 697 ff. (9.2.1815). Zu diesen Fragen vgl. auch *The Annual Register, or a View of the History, Politics and Literature for the Year 1815* (London: Baldwin Cradock and Joy, 1816), General History, 22 ff.

<sup>48</sup> Vgl. Hansard I/XXIX, HoC Sp. 853–871 (20.2.1815). Zur Aussprache und den dort geäußerten Bedenken vgl. Ibid., Sp.871 ff.

<sup>49</sup> Vgl. BL Add. MSS Liverpool Papers 38366.

1815 wurde die zweite Lesung vertagt, und der Chancellor of the Exchequer beantragte, wegen der unerwarteten neuen Entwicklung auf dem Kontinent die "Property Tax" weiter zu erheben.<sup>50</sup> Drei Tage diskutierte das Unterhaus über die Vorlage eines entsprechenden neuen Gesetzes.<sup>51</sup> Die Whig-Opposition befürwortete einen zweiwöchigen Aufschub, da man nicht wisse, ob sich das Land im Kriegs- oder Friedenszustand mit Frankreich befinde. Alle "Amendments" wurden aber mit großer Mehrheit verworfen.<sup>52</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen Whig-Opposition und Regierung verschärfen sich ab 1. Mai 1815 durch eine Petition der City of London gegen einen Krieg mit Frankreich und die Wiedereinführung der "Property Tax", deren Annahme verweigert werden sollte.<sup>53</sup> Die Petition, inspiriert durch radikale Whigs und Reformer, warf den Ministern vor, sie stürzten das Land in einen unnötigen Krieg, ohne Verhandlungen versucht zu haben. Nicht nur die Wiedereinführung der "Property Tax" wurde ausdrücklich abgelehnt, sondern dem Unterhaus auch Korruption vorgeworfen. Zahlreiche Mitglieder seien von der Regierung oder von mächtigen Magneten abhängig, die ihnen den Parlamentssitz verschafft hätten. Dem Unterhaus sei vielfach Bestechlichkeit vorzuwerfen. Da die "Commons" nicht als wirkliche Repräsentation des nationalen Willens und als Bewahrer der Interessen des Volkes betrachtet werden könnten, sei eine Parlamentsreform unerlässlich. In der Petition eines so bedeutenden politischen Körpers wie der City of London sah die Mehrheit des Unterhauses eine Beleidigung des Parlamentes. Sie konnte den Argumenten von Sir Francis Burdett, der später in der Reformagitation eine führende Rolle spielen sollte,<sup>54</sup> nicht folgen. Burdett meinte, wenn man die Petition ablehne, werde die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, dass jene Vorwürfe zuträfen.<sup>55</sup> Mit großer Mehrheit verweigerte das Unterhaus die Annahme der Petition.<sup>56</sup>

In der anschließenden Aussprache über die "Property-Tax-Bill" wurden verschiedene Modifikationen vorgeschlagen, die vom "Chancellor of the Exchequer" jedoch mit dem Hinweis abgelehnt wurden, die Maßnahme sei

<sup>50</sup> Hansard I/XXX HoC sp. 652 (17.4.1815).

<sup>51</sup> Vgl. Ibid., Sp. 669 ff. (19.4.1815), Sp. 710 ff. (20.4.1815), Sp. 783 ff. (21.4.1815).

<sup>52</sup> Vgl. Ibid. Sp. 701 (19.4.1815), Sp. 719 (20.4.1815).

<sup>53</sup> Ibid., Sp. 1002 (1.5.1815).

<sup>54</sup> Vgl. John Macdonell, *Reports on State Trials*. London: gedruckt für H.M.S.O. durch Eyre & Spottiswoode 1888, Bd. I, S. 1–170.

<sup>55</sup> Hansard HoC, Sp. 1012 (1.5.1815): *Against the charges which it contained against the system of representation by which the House was now constituted, he apprehended the rejection of the petition would have rather the effect of impressing those opinions more generally on the minds of the people out of doors.*

<sup>56</sup> Ibid., Sp. 1014.

lediglich auf ein Jahr befristet.<sup>57</sup> Die Whig-Opposition warf der Regierung vor, dass sie dieser wichtigen Diskussion ausweiche. Dieses Mal beantrage man Verlängerung um ein Jahr, im kommenden Jahr werde dies wieder geschehen, bis schließlich die “Property Tax” eine Dauereinrichtung sei.<sup>58</sup> Trotz der Bedenken der Whig-Opposition wurde das Gesetz vom Unterhaus angenommen.<sup>59</sup> Das Oberhaus beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf abschließend in seinen Sitzungen vom 10. und 11. Mai 1815<sup>60</sup>, wobei Whig-Lords nochmals auf die Gesamtproblematik verwiesen. Ehe der Krieg gegen Napoleon begonnen habe, bedeutete dieses Gesetz gleichsam eine britische Kriegserklärung und trug daher nicht zur vielberufenen Friedenssicherung bei. Darüber hinaus sei die “Property Tax” an sich eine ungerechte und verfassungswidrige Steuer, da sie die Lasten ungleich verteile. Sinnvoller sei eine Besteuerung von Luxusgütern.<sup>61</sup> Premierminister Liverpool antwortete darauf, dass über die “Property Tax” am besten und gerechtesten die notwendigen Finanzmittel für die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen beschafft werden könnten, unabhängig von der Entscheidung über Krieg oder Frieden. Die Regierung benötige die Gelder jetzt, und es sei unverständlich, dass gerade Handelskreise, die durch die Steuer am wenigsten belastet würden, sich der “Property Tax” am heftigsten widersetzt hätten.<sup>62</sup> Wegen des bestehenden Notstandes müsse die Steuer auf ein weiteres Jahr erhoben werden. Am Ende des Krieges werde über das weitere Schicksal dieser Steuer beraten und beschlossen.<sup>63</sup> Ein Vergleich zwischen den offiziellen Äußerungen, im Unterhaus durch den “Chancellor of the Exchequer” und im Oberhaus durch den Premierminister, zeigt, dass die Regierung nicht mit einheitlicher Zunge sprach. Während der “Chancellor” die “Property Tax” am 6. April 1816 auslaufen lassen wollte, ließ der Premierminister im Oberhaus offen, ob die “Property Tax” nicht in modifizierter Form nach dem Kriege weiter erhoben werden sollte. Damit sah sich die Opposition gegen die Besitzsteuer in ihrer Befürchtungen bestätigt. Zwar lief die parlamentarische Zustimmung mit dem 6. April 1816 aus, doch hätte das Kabinett angesichts der zu erwartenden staatlichen Neuverschuldungen und der äußerst kritischen Finanzsituation diese Steuer gerne beibehalten. Über diese “Property Tax” herrschte Einigkeit selbst bei langjährigen, scheinbar festgefügtten Oppositionsgruppen,<sup>64</sup> die

<sup>57</sup> Ibid., Sp. 1018 f. (1.5.1815).

<sup>58</sup> Ibid., Sp. 1023 (1.5.1815).

<sup>59</sup> Ibid., I/XXXI HoC Sp. 160–168 (5.5.1815).

<sup>60</sup> Ibid., HoL Sp. 232 ff. (10.5.1815) und Sp. 241–245 (11.5.1815).

<sup>61</sup> Ibid., Sp. 242 (Marquis of Douglas) (11.5.1815).

<sup>62</sup> Ibid., Sp. 243 f. (11.5.1815).

<sup>63</sup> Ibid., Sp. 244 (11.5.1815).

<sup>64</sup> Vgl. z.B. die Korrespondenz des Earl of Grey mit Fitzwilliam und Grenville, University of



ansonsten in der Frage nach Krieg und Frieden, beim Thema Intervention, Wiedereinsetzung der Bourbonen, Okkupationsarmee in Frankreich und territoriale Beschneidung des französischen Staatsgebietes zum Teil höchst unterschiedliche Auffassungen vertraten.<sup>65</sup>

Für die Wintersession des Parlamentes 1815/16 erwarteten Regierung und Opposition eine Auseinandersetzung um die "Property Tax" als des Kernstücks einer drastischen Sparpolitik. Ohne diese Steuer würde die Regierung ihre Ausgaben beträchtlich vermindern müssen. Die Opposition startete daher frühzeitig eine Kampagne gegen die "Property Tax".<sup>66</sup> Diese Agitation stieß zunächst ins Leere, da die Regierung eine Sitzung des Parlamentes vor Beginn des neuen Jahres nicht für notwendig hielt. Das Parlament hatte der Regierung für den Krieg mit Napoleon reichliche Kredite bewilligt<sup>67</sup>, so dass vorerst keine neuen Mittel benötigt wurden. Außerdem hätte eine Parlamentssitzung vor dem Zweiten Pariser Frieden möglicherweise die britische Verhandlungsposition beeinträchtigt<sup>68</sup>, wäre doch Castlereagh hierdurch unter Zeitdruck geraten. Er galt sowohl bei den Friedensverhandlungen wie auch im Parlament als unabhkömmlich, denn die "Frontbench" besaß in den "Commons" keine erstklassigen Minister außer Castlereagh. Dieser war zwar nicht von der Eloquenz eines George Canning<sup>69</sup>, jedoch wegen seiner kühlen Sachlichkeit hoch geachtet.<sup>70</sup> Die Oppositionsstrategie wurde beeinträchtigt, weil die Whigs über tatsächliche Pläne der Tory-Regierung nur unzureichend informiert waren.<sup>71</sup> Die Regierung hatte nur in der Thronrede ihre Absichten vage angedeutet.<sup>72</sup> So kam die Initiative gegen die "Property Tax" zunächst von außen, und die Whigs hofften, dass sich die Agitation gegen die Steuer von London aus über das ganze

---

Durham, Grey of Howick Collection (in der Folge DU Gey of Howick Collection), sowie Austin Mitchell, *The Whigs in Opposition, 1815–1830*, 83 ff.

<sup>65</sup> Vgl. University of Durham, Grey of Howick Collection: Korrespondenz Greys mit führenden Whigs und Grenville Ende Januar/Anfang Februar 1816.

<sup>66</sup> Vgl. Mitchell, *The Whigs in Opposition*, 92.

<sup>67</sup> Vgl. Hansard I/XXXI HoL Sp. 1014 ff. (28.6.1815), Sp. 1050 ff. (12.7.1819); HoC Sp. 1033 ff. (18.6.1815).

<sup>68</sup> Vgl. Castlereagh – Bathurst, Paris, 20.10.1815: *You may rely upon me, if I am alive, for the meeting of Parliament, whenever you may assemble, but for God's sake save us a session before Christmas if possible. It is prejudicial to us in all shapes.* (= Report on the Manuscripts of Earl Bathurst, S. 391).

<sup>69</sup> Zu Canning vgl. vor allem Peter Dixon, *Canning – Politician and Statesman* (London: Weidenfeld & Nicolson 1976); Wendy Hinde, *George Canning* (London: Purnell Books Services, 1973); Stephen M. Lee, *George Canning and Liberal Toryism, 1801–1827* (Woodbridge: Boydell & Brewer, 2008).

<sup>70</sup> Cookson, *Liverpool's Administration*, 37 f.

<sup>71</sup> *Ibid.*, S. 38.

<sup>72</sup> Hansard I/XXXII Sp. 1–4, Sp. 4.

Land ausbreiten werde.<sup>73</sup> Zeitungen wie der “Morning Chronicle”, aber auch die “Times” forderten öffentliche Zusammenkünfte gegen die “Property Tax”.<sup>74</sup> Seit Anfang Februar 1816 trafen immer zahlreicher Petitionen aus dem ganzen Land gegen die “Property Tax” ein und erreichten bis zum Ende des Monats nahezu die Gesamtzahl von vierhundert.<sup>75</sup> Die Parlamentsopposition setzte nun alles daran, die durch die rasch sich verschlimmernde wirtschaftliche Situation noch wirkungsvollere Agitation gegen die “Property Tax” ihren Zielen nutzbar zu machen. Sie förderte derartige Versammlungen und benutzte am 12. Februar 1816 die Darlegungen von Finanzminister Vansittart über die Staatsfinanzen vor dem Parlament<sup>76</sup> zu Attacken gegen die “Property Tax”. Der Chancellor of the Exchequer hatte in seiner Haushaltsrede vorgeschlagen, diese heftig umstrittene Steuer für die Dauer von zwei Jahren beizubehalten, wobei der Steuersatz von zehn auf fünf Prozent gesenkt werden sollte.<sup>77</sup> Als erster Oppositionsredner widersprach Ponsonby. Ohne Abschaffung dieser Steuer werde das Land keine Erleichterung erhalten und die Regierung nicht zu ernsthafter Sparpolitik gezwungen sein. Man müsse die Regierung daher zur Aufgabe dieser Steuerquelle zwingen.<sup>78</sup> Die Nation erwarte nachhaltige Steuererleichterungen, ohne die Handel und Wandel nicht wieder in Gang kommen könnten. Falls das Parlament diesen Wunsch nicht gegen die Exekutive durchsetze, vernachlässige es seine Pflichten und werde vom Volk nicht mehr als echte Repräsentation anerkannt.<sup>79</sup> Die Regierung war an einer schnellen Abstimmung über die modifizierte “Property Tax” interessiert, doch konnte die Opposition die Abstimmung hinauszögern, indem sie eine eingehende Diskussion des Armee- und Marineetats erzwang, Petitionen gegen die “Property Tax” vorlegte und ihre Verlesung erreichte. Als Vansittart eine Abstimmung für den 28. Februar vorschlug<sup>80</sup>, gelang den Whigs ein weiterer

<sup>73</sup> Vgl. Tierney – Grey, 10.2.1816 (UD Grey of Howick Collection): *The City of London have set a good example as to the property tax and I hope it will be followed up by the country.*

<sup>74</sup> Vgl. “The Morning Chronicle”, 9.2.1816; “The Times”, 13.2.1816.

<sup>75</sup> Vgl. z.B. Hansard I/XXXII Sp. 332 (7.2.1816), Sp. 433 (13.2.1816) sowie Mitchell, *The Whigs in Opposition*, 93.

<sup>76</sup> Hansard I/XXXII Sp. 376–389.

<sup>77</sup> Ibid., Sp. 382.

<sup>78</sup> Ibid., Sp. 389 f., Sp. 390: Ponsonby *intreated the House and The Country not to allow themselves to be deceived or cajoled on this subject. If the property tax was continued, they might depend upon it, they would see no real retrenchment. As long as that tax was maintained, government would not look seriously for the means of economy, and the only way to compel them to do so was to terminate its existence (Hear, hear!).*

<sup>79</sup> Ibid., Sp. 391: *If that House did not do ist duty, the people would conceive that their representatives had entirely deserted their interest ....*

<sup>80</sup> Vgl. Hansard I/XXXII Sp. 834 (26.2.1816).

Aufschub.<sup>81</sup> Sie kalkulierten, mit dem Druck der organisierten öffentlichen Meinung, die sich in einer Flut von Petitionen manifestierte, sowie mit populären Forderungen nach Sparsamkeit erstmals seit 1807 eine Chance zum Sturz der Regierung zu besitzen. Sie konnten aber trotz der Stimmung im Lande keineswegs sicher sein, der Regierung eine empfindliche Abstimmungsniederlage beizubringen, da die zahlreichen finanziell unabhängigen Abgeordneten in ihrem Abstimmungsverhalten durch keinerlei Verpflichtungen gebunden waren. Zwar durften Regierung wie Whig-Opposition mit einer bestimmten sicheren Anzahl von "Supporters" rechnen, doch konnten diese keineswegs einer "Fraktionsdisziplin" unterworfen werden, die es noch nicht geben konnte, weil das "unreformed Parliament" keine Parteiorganisation kannte. Für die Mitglieder des Unterhauses bestand zudem keinerlei Anwesenheitspflicht während der Parlamentssession, mit nachteiligen Konsequenzen insbesondere im Winter.<sup>82</sup> Befürchtungen innerhalb des Regierungslagers, die Regierung werde möglicherweise in der Frage der "Property Tax" unterliegen<sup>83</sup>, wies Liverpool – trotz der Petitionen, die auch Anfang März das Unterhaus beschäftigten und zu langen Debatten führten<sup>84</sup> – als Panikmache zurück.<sup>85</sup> Ein Rückzieher hätte, nach Meinung der Regierung, auch bedeutet, dass man sich dem Druck der öffentlichen Meinung beugte. Damit wäre ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden. Die Regierung war außerdem der Auffassung, dass sie größere Erfahrung und bessere Einsichten in die erforderlichen Maßnahmen

<sup>81</sup> Ibid., Sp. 834. *Mr. Baring said, he would rather add another notice than remove the one now existing, in order to prevent the right hon. gentleman from running a race with the Country. Such precipitation was most indecent. He declared he would oppose the measure in every stage, and keep it as long before the House as he could* – Vgl. auch Cookson, *Liverpool's Administration*, Kap. "Whig Fury", 36 ff.

<sup>82</sup> Insbesondere galt dies für die irischen MPs, die die beschwerliche Reise über die Irische See gerne vermieden. Vgl. BL Add. MSS Peel Papers 40290, Peel an diverse Irische MPs, 30.1.1816. Zur Beurteilung vgl. auch Cookson, *Liverpool's Administration*, S. 39 f.

<sup>83</sup> Vgl. BL Add. MSS Peel Papers 40290, Peel – Whitworth vom 27.–29.2.1816. Peel sprach vom Zusammengehen radikaler und gemäßigter Whigs, Grenvillites und *friendly country gentlemen* in Fragen "Economy" und "retrenchment" und deutete eine mögliche Abstimmungsniederlage an – Vgl. auch Leeds City Library, Earl of Harewood Collection, Canning Papers (in der Folge LCL Canning Papers) 67, Huskisson – Canning, London, 13.3.1816.

<sup>84</sup> Vgl. Hansard I/XXXII HoC Sp. 434 ff. und Ibid., I/XXXIII Sp. 24 ff.

<sup>85</sup> Vgl. LCL Canning Papers 69, Liverpool – Canning, Fife House, 13.2.1816, private, gedruckt mit Fehlern bei Charles Duke Yonge, *The Life and Administration of Robert Banks, Second Earl of Liverpool*, 3 Bde. (London: Macmillan 1868), Bd. II, S. 253–255. *Those who raise this clamour have a Narrow View of their own Interest, as the Restoration of Publick Credit, the Rise of the Funds, and the consequent Fall of the Interest of Money will afford more Relief to the existing Distresses of the Country than any other measure which could be adopted.* Vgl. auch BL Add. MSS 38741 *Huskisson Papers*, undatiertes Memorandum von Ende 1818 /Anfang 1819.

besaß. In der Fortsetzung der “Property Tax” für zwei weitere Jahre sah sie daher den besten Weg, um das Land aus den Kriegsfolgen hinauszusteuern und dabei das nationale Interesse am nachhaltigsten zu fördern. Gerade die “Property Tax” habe die Steuerbelastungen noch am ausgeglichensten verteilt und auch zu gleichmäßigerer Entwicklung von Handel, Industrie und Landwirtschaft geführt; ihre Aufhebung begünstige vor allem Industrie und Handel auf Kosten der agrarischen Interessen. Als das Haus schließlich nach langem Vorgeplänkel am 18. März 1816 über die Fortführung der “Property Tax” abstimmte, lehnte das Unterhaus mit einer Mehrheit von 37 Stimmen die Regierungsvorlage ab.<sup>86</sup> Dieser Abstimmung vorausgegangen war eine eher lustlose Debatte. Die Argumente für und wider waren bereits seit Wochen ausgetauscht worden. Auch in der Sitzung vom 18. März waren wieder zahlreiche Petitionen vorgelegt und verlesen worden. Wilberforce’s Schlusswort, das teilweise im Tumult unterging, weil die Mitglieder des Hauses zur Abstimmung drängten, verglich die Entscheidung für oder gegen die Beibehaltung der Steuer mit einer Option für Entlastung des Geldmarktes oder Entlastung des Volkes und bekannte sich zu letzterer.<sup>87</sup> Das Ergebnis der Abstimmung wurde in der Lobby und in den Gängen des Parlamentes mit Jubel aufgenommen<sup>88</sup>, die “Times” erklärte am folgenden Tag, die Abstimmung spiegele klar die Stimmung des Landes wider.<sup>89</sup> Diese Einschätzung war sicherlich richtig, denn die Abgeordnetenstimmen, gerade der “Counties”, hatten den Ausschlag gegeben.<sup>90</sup> Trotz vorheriger Warnungen war die Regierung von diesem Ergebnis überrascht worden. Das Kabinett hatte mit einer Mehrheit von vierzig Stimmen gerechnet, doch von den “Supporters”, die noch bei den Marine- und Armee-Etats für die Regierung gestimmt hatten, wechselten etwa achtzig zur Opposition<sup>91</sup>, andere beteiligten sich an den Abstimmungen nicht oder ließen sich entschuldigen.<sup>92</sup> Die Freude der Whigs über die Niederlage der Regierung

<sup>86</sup> Vgl. *Hansard I/XXXIII* Sp. 451 (18.3.1816).

<sup>87</sup> *Ibid.*, Sp. 450 f.

<sup>88</sup> *Ibid.*, Sp. 451.

<sup>89</sup> Vgl. *The Times*, 19.3.1816.

<sup>90</sup> Vgl. *Hansard I/XXXIII* Sp. 451–453 (List of Majority), Sp. 453–455 (List of Minority) – Vgl. auch Cookson, *Liverpool’s Administration*, 64 f.

<sup>91</sup> Vgl. Castlereagh – Prince Regent, St. James Sq., Monday night, 18.3.1816. *Lord Castlereagh has with much regret to inform your Royal Highness, that the property tax has been rejected by the House of Commons by 238 to 201 – majority 37. The calculation of the Treasury this morning was that we should carry it by 40, but this was defeated by numbers of the friends of Government going away and some going against, whose support had been calculated upon. Mr. Wilberforce spoke strongly against the tax.* (Arthur Aspinall, *The Letters of George IV, 1812–1830*. With an Introduction by C.K. Webster, 3 Bde (Cambridge: Cambridge UP, 1938), Bd. II, Nr. 648, 160.

<sup>92</sup> Vgl. PRO F.O. 30/9/1, Colchester Papers, “Members excused for Non-Attendance at the Call

war allerdings nur von kurzer Dauer. Sie waren nicht in der Lage, die Koalition vom 18. März zu festigen, um durch weitere Abstimmungsniederlagen den Sturz des Tory-Kabinetts Liverpool zu erzwingen. Bereits wenige Tage später zerbrach diese Mehrheit, als man über die Gehälter der “Secretaries of the Admiralty”<sup>93</sup> abstimmte und Brougham in der Debatte den Prinzregenten erneut persönlich angegriffen hatte.<sup>94</sup> Das Scheitern der Regierungspläne in der Frage der “Property Tax” zwang das Kabinett Liverpool neue Wege in der Finanzpolitik zu finden, um mit den Hypotheken des Krieges fertig zu werden.<sup>95</sup> Sicherlich zog es aus den Erfahrungen des 18. März auch Lehren für die Zukunft, um den Whigs keine weiteren Chancen für Abstimmungsniederlagen zu bieten. Hinsichtlich neuer Steuern, Steuererhöhungen oder auch der Ausgabenpolitik wollte man sich künftighin keine Blöße mehr geben, zumal die Opposition nur auf derartige Möglichkeiten lauerte. Von nun an wurden die “Supporters” der Exekutive eingehender informiert. Bereits bei der Aussprache über die Gehälter der “Secretaries of the Admiralty” suchte Castlereagh als “Leader of the House of Commons” einen Kompromiss<sup>96</sup>, um eine erneute Abstimmungsniederlage zu vermeiden. Er war jedoch nach der Sitzung überzeugt, wie er an Prinzregent Georg schrieb, dass allein Broughams heftige Angriffe auf den Prinzregenten der Regierung eine Mehrheit verschafft hätten.<sup>97</sup> Nachdem das Unterhaus gegen die “Property Tax” gestimmt habe, entstehe im Haushalt für das Jahr 1816 ein Defizit von 18 Millionen Pfund bei den Einnahmen und von 8 Millionen beim künftigen Friedensetat.<sup>98</sup> Es sei damit zu rechnen, dass das Unterhaus unter dem Motto “Sparsamkeit und Steuerentlastungen” auch gegen die Fortsetzung der Malzsteuer stimmen werde<sup>99</sup>; daneben könnten die Gehälter der beiden Sekretäre der Admiralität in

---

of the House, 8<sup>th</sup> March 1816, as being Abroad” und dto. “An Account of Illneß, etc.”. Vgl. auch *BL Add. MSS Peel Papers* 40290, Peel – Gregory, 27.3.1816.

<sup>93</sup> Vgl. *Hansard I/XXXIII* Sp. 476–514, Sp. 513 f.

<sup>94</sup> *Ibid.*, Sp. 489–497.

<sup>95</sup> Vgl. Castlereagh – Prinzregent George, St. James Sq., 18.3.1816 (Aspinall, *Letters of George IV*, Bd. II, Nr. 648, 160).

<sup>96</sup> *Ibid.*, Nr. 649, S. 161, Castlereagh – Prinzregent George, St. James Sq., 20.3.1816.; Vgl. *Hansard I/XXXIII* Sp. 479–486.

<sup>97</sup> Vgl. Castlereagh – Prinzregent Georg, St. James Sq., 20.3.1816 (Aspinall, *Letters of Georg IV*, No. 649, 161).

<sup>98</sup> *Ibid.*, Nr. 648, 160, Castlereagh – Prinzregent George, St. James Sq., (18.3.1816): *This defalcation leaves us with but 12 millions of clear revenue to meet this year's expenditure of 30 millions, and taking the future peace establishment at 20 millions a year, there will exist a serious deficiency of means to meet the charge.*

<sup>99</sup> *Ibid.*, 160, No. 648, Castlereagh – Prinzregent George, St. James Sq., (18.3.1816): *This view of the financial situation of the country will be the more serious, if in the present rage for taking off taxes, the Opposition assisted by the country gentlemen should succeed in negating the war*

der veranschlagten Höhe im Haushaltsausschuss (Comittee of Supply) nicht aufrechterhalten werden.<sup>100</sup> Castlereagh zeigte sich auch durchaus bereit, die Malzsteuer fallen zu lassen, da dies vor allem den agrarischen Interessen und den Armen zugutekomme, während die Reichen bereits durch die Abschaffung der “Property Tax” entlastet worden seien.<sup>101</sup> Der Minister schlug daher vor, lieber die vorgesehene Regierungsanleihe um zwei Millionen Pfund zu erhöhen, als eine parlamentarische Auseinandersetzung wegen der Malzsteuer zu riskieren, die nur dem Ansehen der Regierung schaden und ihre parlamentarische Mehrheit auf Dauer gefährden würde. Über die Malzsteuer gedachte Castlereagh somit die “Independant Country Gentlemen” wieder in das Regierungslager zu ziehen. In diese Richtung ging auch die Ankündigung der Regierung am 22. März 1816, die Gehälter der Sekretäre der Admiralität bereits jetzt auf den “Friedensstand” zu bringen.<sup>102</sup>

Gerade der Militärhaushalt bildete in den parlamentarischen Auseinandersetzungen des Jahres 1815/16, aber auch in der Folgezeit neben der Zivilliste, den Apanagen der königlichen Prinzen und den einträglichen Ruheämtern (Sinekuren) ein zentrales Thema der Debatten.<sup>103</sup> Nach einem langen und aufwendigen Krieg bildet verständlicherweise in allen Staaten stets der Militärhaushalt, unabhängig von seiner Höhe, ein bevorzugtes Objekt für parlamentarische Einsparungswünsche. Im außenpolitischen Verhalten artikulieren sich diese dann in der Bereitschaft, eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen, die ein militärisches Ungleichgewicht verhindern soll und gleichzeitig dem Land das Gefühl der Sicherheit gibt.<sup>104</sup> Die eingesparten Mittel würden zur Finanzierung beispielsweise von Reformen frei werden.<sup>105</sup>

---

*malt tax, which produces 3 millions more.* Die Debatte über die Malzsteuer *Hansard I/XXXIII* sp. 457–471 (20.3.1816).

<sup>100</sup> *Ibid.*

<sup>101</sup> Castlereagh – Prinzregent George, St. James Sq., 20.3.1816: *The loss of the property tax having render'd a loan inevitable, and there being little hope of carrying the war malt tax through, your Royal Highness's Ministers thought it better to add two millions to the amount of the loan, than to make perhaps an ineffectual attempt to force this tax upon the agriculturists and upon the poor, when the rich had deliver'd themselves from the property tax.* (Aspinall, *Letters of Georg IV.*, Bd. II, Nr. 649, 161).

<sup>102</sup> Vgl. *Hansard I/XXXIII* Sp. 534.

<sup>103</sup> Vgl. Aspinall, *Letters to George IV.*, Bd II, Nr. 647, 178 f. (Liverpool, Castlereagh, Vansittart – Prinzregent George, Fife House, 15.3.1816) – Vgl. auch die Parlamentsdebatten der Jahre 1816–1820 über die Zivilliste, auch Cookson, *Lord Liverpool's Administration*, 69 ff.

<sup>104</sup> Im Mai 1816 schlug Großbritannien eine allgemeine Abrüstung vor. Vgl. Durham County Record Office (in der Folge DCRO) *Londonderry Papers D/Lo/C 16* “Confidential Memorandum” vom 28.5.1816.

<sup>105</sup> Vgl. hierzu für die Reichsgründungszeit Klaus Hildebrand, “Von der Reichseinigung zur Krieg-in-Sicht-Krise. Preußen-Deutschland als Faktor der britischen Außenpolitik 1866–1875,”

Alle europäischen Staaten mussten nach dem Ende der Napoleonischen Kriege, angesichts ihrer zerrütteten Finanzen, die Aufwendungen für Armee und Marine drastisch kürzen und ihre Land- und Seestreitkräfte möglichst bald auf den Friedensstand zurückführen. Verständlicherweise, auch wenn es politisch unklug war, stationierten die europäischen Verbündeten Großbritanniens nach der zweiten Niederringung Napoleons möglichst viele Truppen als Teil der Okkupationsarmee in Frankreich und versuchten dadurch, ihre eigenen Militäretats zu schonen. Gerade die preußischen und bayerischen Truppen versorgten sich so auf Kosten der französischen Bevölkerung.<sup>106</sup>

In den Diskussionen der britischen Innenpolitik in den Jahren nach dem Ende der Napoleonischen Kriege treffen wir immer wieder auf Themen, die in den folgenden Jahren innenpolitischen Konfliktstoff erzeugten, aber auch solche, die allein 1814 von Bedeutung waren. Zur ersten Gruppe gehörten die Frage der "Getreide-Gesetzen" (Corn Laws) zum Schutze der britischen Landwirtschaft, die Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und in diesem Zusammenhang die Frage nach einer wirksameren Polizei wie Lokalverwaltung, die Probleme im Zusammenhang mit Irland, wie die Katholikenemanzipation und die Frage der Abschaffung des Sklavenhandels. Zur zweiten Kategorie gehörten die Diskussionen über die geplante "Oranische Heirat"<sup>107</sup>, die nicht zustande kam,

in Michael Stürmer, ed., *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918* (Düsseldorf: Droste, 1970), 205–234, 221 f. und die dort angeführte Literatur.

<sup>106</sup> Vgl. die Klagen, die an den alliierten Botschafterrat in Paris herangetragen wurden, NA PRO F.O. 148/9 sowie NA PRO War Office 1/207–215. Vgl. auch CC X, S. 419, Castlereagh – Liverpool, Paris, 8.7.1815 – vgl. Beatrice de Graaf, Ido de Haan, Brian Vick, eds., *Securing Europe after Napoleon. 1815 and the New European Security Culture* (Cambridge: Cambridge UP, 2019); Beatrice de Graaf, *Tegen de Terreur: Hoe Europa Veilig Werd na Napoleon* (Amsterdam: Prometheus, 2018); B. de Graaf, *Fighting Terror after Napoleon: How Europe became secure after 1815* (Cambridge: Cambridge UP, 2020); Stella Ghervas, *Conquering Peace. From the Enlightenment to the European Union* (Cambridge/ MA: Harvard UP, 2021), 99ff.

<sup>107</sup> Vgl. hierzu Webster, *Foreign Policy of Castlereagh I*, Appendix B, 541ff.: Liverpool – Castlereagh 30.4.1814 *There have arisen most unpleasant difficulties respecting the marriage of Princess Charlotte with the Prince of Orange. I have no doubt they have originated in a political intrigue, and they have been so far attended with success, that she has been induced to insist upon conditions beeing inserted in the contract of marriage of which she never thought until recently, and which [...] cannot be admitted. We have the stronger reason to believe that the Tatischeffs are engaged in the intrigue, and object is to break off the marriage with the Prince of Orange and to form a connection between the Princess and one of the Grand Dukes of Russia. Independant of the disgrace which attend the rupture of this marriage there would be considerable objections to the other connection [...] The Prince of Orange arrived here yesterday and his communication with the Princess will probably bring the questions between them shortly to a point. I am not sanguine about the resullt*, 541; Herbert Maxwell, ed., *The Creevey Papers. A Selection from the Correspondence and Diaries of the late Thomas Creevey MP. Born 1768- died 1838*, 2 Bde. (New York: Dutton&Co,

da der niederländische Kronprinz schließlich eine russische Großfürstin heiratete mit Auswirkungen auf die europäische Politik nach der Französischen Juli Revolution von 1830.<sup>108</sup> Ein schwieriges Thema war die Stellung der Prinzessin Caroline von Wales, der Frau des Prinzregenten Georg.<sup>109</sup> Die Whigs, vor allem Henry Lord Brougham<sup>110</sup>, unterstützten die Prinzessin von Wales. Prinzregent Georg wollte die Scheidung von seiner ungeliebten Frau. Das Kabinett lehnte dies ab und der Prinzregent überlegte eine neue Regierung mit Grey als Premier Minister einzusetzen.<sup>111</sup> Der Prinzregent, inzwischen König Georg IV., wollte die Scheidung und Beweise für ihren Ehebruch. Im Juni 1820 kehrte sie vom Volk umjubelt nach London zurück. Liverpool strengte im Parlament einen Prozess gegen Caroline wegen Ehebruchs an. Die Abstimmung im Oberhaus erbrachte nur eine knappe Mehrheit für die "Pains and Penalties Bill". Im Unterhaus würde das Gesetz keine Mehrheit erhalten. Die Regierung zog daraufhin die Gesetzesvorlage zurück.<sup>112</sup> Nach dem Prozess war die Freude in der Bevölkerung groß: *The Queen for ever*. Castlereagh, Wellington und andere Tories wurden öffentlich angepöbelt. Der große Held war Brougham. *In the general enthusiasm, all parties congratulated themselves, on no longer being faced with the prospect of a revolution. The trial had been a cathartic experience, in the excitement it engendered, everthing else had been forgotten, even Peterloo and the*

London: Murray, 1903 (Cambridge UP online publication), Bd. 1, 197ff. – Hansard I/XXVIII, Sp. 104ff.

<sup>108</sup> Vgl. hierzu ausführlicher Wolf D. Gruner, "Die belgisch-luxemburgische Frage im Spannungsfeld europäischer Politik 1830–1839. Überlegungen zu den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Bestimmungsfaktoren der Interessen des Deutschen Bundes, Großbritanniens und Frankreichs," *Francia* 5/1977 (1978), 299–398.

<sup>109</sup> Charles Lord Colchester, ed., *Diary and Correspondence of Charles Abbot, Lord Colchester. Speaker of the House of Commons 1802–1817*, 3 Bde. (London: John Murray, 1861), Bd. II, 504; 2012– Creevey Papers, Bd. 1, 190ff. – *Annual Register* 1814, General History, 217f.; John Ashton, *Social England under the Regency* (London: Ward & Downey, 1899) (online edition gutenberglibrary.org, Bd. 1, 279; Arthur Aspinall, ed., *Letters of the Princess Charlotte* (London: Home & van Thal, 1949); Harry Edgington, *Prince Regent. The scandalous private life of George IV* (Feltham: Hamlyn Paperbacks, 1979), 83ff.; Christopher Hibbert, *George IV*. (Harmondsworth: Penguin, 1976), 181ff., 412ff., 543ff.; Thomas W. Laqueur, "The Queen Caroline Affair: Politics as Art in the Reign of George IV," *JMH* 54/3 (1982): 417–466; Anna Clark, "Queen Caroline and the Sexual Politics of Popular Culture in London, 1820," *Representations* 31 (1990): 47–68; Dana van Kooy, *The Queen Caroline Affair as a Theatrical and Dramatic Spectacle* (<https://walpole.library.yale.edu/sites/default/files/files7Van%20Kooy.pdf> Zugriff 7.5.21; Derry, *Reaction and Reform 1793–1868*, 73–75.

<sup>110</sup> Henry Lord Brougham, *Upon Questions relating to Public Rights, Duties and Interests with Historical Introductions and a critical dissertation upon the eloquence of the Ancient*, 4 Bde. (Edinburgh: Adam and Charles Black, Longman, 1838), Bd. 1, 87 ff. (Queen Caroline).

<sup>111</sup> Mitchell, *Whigs in Opposition*, 138ff.

<sup>112</sup> Hibbert, *George IV.*, 543–594.



*Cato Street Conspiracy*.<sup>113</sup> Die Whigs hatten über die Tory Regierung gesiegt. Die liberalen Whigs “were firmly in control of the party; and the Tories had to recognize that they could not very well survive another period of such unpopularity unless they as a party became more liberal too. An age was dawning in which the Reform Bill could become a reality”.<sup>114</sup> Caroline starb schließlich 1821.

### 3. Die Frage der “Getreide-Gesetze” (Corn Laws)

Zum Schutze vor ausländischer Konkurrenz hatten die landwirtschaftlichen Erzeuger bereits 1804, nach dem Wiederausbruch des Krieges mit Napoleon, vom Parlament Schutz vor ausländischem “Billiggetreide” gefordert. Das Parlament hatte daraufhin beschlossen, die Einfuhr ausländischen Getreides nur zu gestatten, wenn der Inlandspreis 66 Schilling/Imperial Quarter überstieg.<sup>115</sup> Zwischen 1805 und 1815 lag der Kornpreis stets über dieser Marke.<sup>116</sup> Ohne den britischen Erzeugern zu schaden, konnten so in den letzten Kriegsjahren große Mengen Getreide aus Irland, den USA und auch vom Kontinent, beispielsweise aus Deutschland<sup>117</sup>, importiert werden. So gestattete Napoleon nach den guten Getreideernten von 1809 in Europa und den schlechten auf den britischen Inseln 1810 die Lieferung von 1,3 Millionen Quarter Weizen nach Großbritannien, in der Hoffnung, dadurch die britischen Goldreserven empfindlich zu reduzieren.<sup>118</sup>

<sup>113</sup> Ibid., 594.

<sup>114</sup> Ibid.; vgl. auch Mitchell, *Whigs in Opposition*, 138–170; Derry, *Reaction and Reform*, 92ff.; Alexander Llewellyn, *The Decade of Reform. The 1830s* (Newton Abbot: David & Charles, 1972); Sir E. Llewellyn Woodward, *The Age of Reform, 1815–1870* (Oxford: Clarendon Press, Oxford UP, 1985 (1962)); Dror Warham, *Imaging the Middle Class. The Political Representation of of Class in Britain c. 1780–1840* (Cambridge: Cambridge UP, 1995); Timothy Charles, William Blanning, Peter Wende eds., *Reform in Great Britain and Germany 1750–1850* (Oxford: Oxford UP, 1999).

<sup>115</sup> Donald Grove Barnes, *A History of the English Corn Laws from 1660–1846* (Los Angeles: University of California Press, 1961 (Reprint von 1930), 89 f. Neue Ausgabe: D.G. Barnes, *History of English Corn Laws 1660–1846*. (London: Routledge, 2015); Cheryl Schoenhardt-Bailey, *From the Corn Laws to Free Trade. Interests, Ideas, and Institutions in Historical Perspective* (Cambridge/MA: MIT Press, 2006).

<sup>116</sup> Deane, *Historical Statistics*, 498. Die Spitzenwerte lagen 1812 bei 126 sh 6 d, 1813 bei 109 sh 9 d. Die niedrigsten Werte wurden 1806 und 1814 mit 75 sh 4 d und 74 sh 4 d erreicht. 1815 sank der Preis auf 65 sh 7 d.

<sup>117</sup> Martin Kutz, *Deutschlands Außenhandel von der Französischen Revolution bis zur Gründung des Zollvereins* (Wiesbaden: Steiner, 1974), Tabelle 14, 287 und 42 ff.

<sup>118</sup> W. Freeman Galpin, *The Grain Supply of England during the Napoleonic Period* (New York: Macmillan 1925): Durchschnittliche Weizenpreise per Quarter, 1800–1814, 1800: 110 sh 5pence; 1801: 115 sh. 11 p.; 1803: 57 sh. 1 p.; 1805: 87 sh. 1 p.; 1807: 73 sh. 1 p.; 1809: 94 sh 5 p.; 1810: 103 sh. 3 p.; 1812: 122 sh. 8 p.; 1813: 106 sh. 6 p.; 1814: 72 sh. 1 p.; Mancur Olson Jr., *The Economics*

Die gute Ernte des Jahres 1813 ließ erstmals einen Rückgang der Kornpreise erwarten. Der "Agricultural Interest", der weitgehend mit dem "Landed Interest" identisch war, forderte ein neues Corn Law und eine Anhebung des Richtpreises für die freie Einfuhr von Getreide aus dem Ausland. Die Agitation für neue Korngesetze bewirkte eine Gegenbewegung unter den Fabrikanten, Kleinhändlern und Arbeitern. Die Forderungen der landwirtschaftlichen Interessen führten im Lande zu vereinzelt Zusammenrottungen und zu Petitionen an das Parlament<sup>119</sup>, dessen beide Häuser sich im Frühjahr und Sommer 1814 und auch 1815 mit der Frage der Korngesetze beschäftigten.<sup>120</sup> Am 6. Juni 1814 wurden dem Unterhaus zahlreiche Petitionen für und gegen die Corn Laws vorgelegt. Der Abgeordnete Thornton überreichte eine Petition der Landbesitzer des County Surrey, die Maßnahmen zum Schutze der landwirtschaftlichen Erzeuger forderten, ohne dass dabei die übrigen Bewohner Großbritanniens benachteiligt würden. Der gleiche Abgeordnete legte auch Petitionen aus Godalming und Kingston vor, die sich entschieden gegen die Corn Laws aussprachen. Thornton empfahl daher, angesichts der so gegensätzlichen Interessen, die Frage der Getreidegesetze eingehend zu beraten und sich um einen Interessenausgleich zu bemühen.<sup>121</sup> Ähnlich argumentierte der Abgeordnete Howorth. Er präsentierte eine Petition aus Evesham, die sich gegen die geplanten Korngesetze aussprach und berichtete, dass ihm zahlreiche Privatbriefe mit Berichten über die bestehende Unruhe im ganzen Lande zugegangen seien. Es wäre sinnvoll, die geplanten Maßnahmen zunächst zurückzustellen und sie eingehend hinsichtlich ihrer Folgen zu prüfen.<sup>122</sup> Das Parlament beschloss daher die Einsetzung eines Ausschusses, der die Auswirkungen eines Getreidegesetzes (Corn Law) untersuchen sollte und vertagte die Erörterungen auf die Wintersession.<sup>123</sup> Dahinter stand auch die Überlegung der Regierung,

---

*of Wartime Shortage: A History of British Food Supplies in the Napoleonic War and in World Wars I and II* (Durham: Duke UP, 1963) (Reprint: Literary Licensing 2012), 58 ff.; Franklin L. Ford, *A General History of Europe 1780–1830* (London: Longman, 1989) (1971, 1970), 248.

<sup>119</sup> Vgl. die Berichte und Petitionen in NA PRO H.O. 42/ 138–140 mit zahlreichen Flugschriften gegen die Corn Laws, z.B. "Chronicles of the Isles; or the old Prophecy fulfilling, respecting the Corn Bill" (H.O. 42/441).

<sup>120</sup> Vgl. Hansard I/XXVII HoL Sp. 652 (5.5.1814), Sp. 1065 ff. (6.6.1814) HoC Sp. 417 ff. (5.4.1814), Sp. 523 (25.4.1814), Sp. 665 ff. (5.5.1814), Sp. 875 ff. (13.5.1814), Sp. 1028 f. (27.5.1814), Sp. 1047 (3.6.1814), Sp. 1070, 1084 (6.6.1814).

<sup>121</sup> Hansard I/XXVII, Sp. 1070 (6.6.1814).

<sup>122</sup> Zu den Petitionen an das Parlament 1815 vgl. z.B. Hansard I/XXX HoL Sp. 6 ff. (5.3.1815), Sp. 617ff. (5.6.1815) – HoC I/XXIX, Sp. 697ff. (9.2.1815). Zu diesen Fragen vgl. auch *Annual Register 1815*, General History, 22ff.

<sup>123</sup> Vgl. die Erörterungen in Hansard I/XXVIII HoL, Sp. 414 f. (29.6.1814), Sp. 537 ff. (5.7.1814), Sp. 829 ff. (25.7.1814) HoC Sp. 7 f. (7.6.), Sp. 479 f. (30.6.1814).

diese Frage zu verschleppen, galt es doch, unnötige Unruhen im Lande zu vermeiden. Vor allem aber hatte das Kabinett Liverpool im Sommer 1814 andere Prioritäten, da die Kriegsfinanzierung gesichert und die Währungsprobleme gelöst werden mussten.

Die Frage der Corn Laws sollte jedoch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bis zu ihrer Aufhebung 1846 ein brisantes Thema der britischen Innenpolitik bleiben, denn die Landwirtschaft war an Schutzzöllen interessiert, die ihnen ein gesichertes Einkommen und die Wahrung des in den "fetten" Kriegsjahren erworbenen Lebensstandards verbürgten.

Angesichts der Strukturkrise der Landwirtschaft seit 1814 – insbesondere im überwiegend landwirtschaftlich geprägten Irland – befürwortete die Regierung Liverpool die Erneuerung der Getreidegesetze (Corn Laws), trotz massiver Widerstände in Parlament und Öffentlichkeit. Die Getreidepreise waren weiter gefallen. Sie erforderten erneut Hilfsmaßnahmen, zumal es durch ein Überangebot an Landarbeitern sowie durch die in der Landwirtschaft zunehmende Mechanisierung bereits vereinzelt zu Unruhen gekommen war.<sup>124</sup> In den Jahren 1815 und 1816 verschärfte sich durch die europäische Subsistenzkrise die Situation. Im April 1815 kam es in Niederländisch Indien (Indonesien) zum Ausbruch des Vulkans Tambora. Der Ausbruch bewirkte eine mehrjährige weltweite Abkühlung um 3–4°C. Aufgrund der starken Explosion gelangten Aerosole und große Mengen Asche in die Stratosphäre, die in den Folgemonaten über weite Teile der Erde verteilt wurden. 1816 wurde so in Europa und weltweit zum "Jahr ohne Sommer". Folge waren Missernten und soziale Unruhen in England und auf dem Kontinent. Die europäischen Hungerkrisen führten zu einer Auswanderwelle.<sup>125</sup>

Am 7. März 1816 hatte "Squire" Western<sup>126</sup>, ein Hauptverfechter des "Agricultural Interest" im Parlament, eine parlamentarische Anfrage über den besorgniserregenden Zustand der Landwirtschaft eingebracht.<sup>127</sup> In einer ausführlichen Antragsbegründung ging er auf die Entwicklung der

<sup>124</sup> Vgl. hierzu die Berichte in NA PRO H.O. 42/148.

<sup>125</sup> Vgl. Hierzu u.a. Wolfgang Behringer, *Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte* (München: C. H. Beck, 2015); d'Arcy Gillen Wood, *Vulkan Winter 1816. Die Welt im Schatten des Tambora* (Darmstadt: WBG, 2015); John Dexter Post, *The Last Great Subsistence Crisis in the Western World*. (Baltimore: John Hopkins UP, 1977); Günter Moltmann, ed., *Aufbruch nach Amerika. Die Auswanderungswelle von 1816/17* (Stuttgart: Metzeler, 1989); G. Moltmann, Ingrid Schöberl, *Aufbruch nach Amerika. Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816–1817. Dokumentation einer sozialen Bewegung* (Tübingen: Wunderlich, 1979).

<sup>126</sup> Charles Callis Western (1767–1844), 1st Baron Western. Verfechter agrarischer Interessen im Unterhaus, dem er von 1790–1832 angehörte.

<sup>127</sup> Hansard I/XXXIII HoC Sp. 31–63 (17.3.1816).

Landwirtschaft seit der Französischen Revolution ein. Eine wesentliche Ursache für die katastrophale Wirtschaftslage zahlreicher Farmer sah er in der "Tenant's Property", der Malz- und Salzsteuer sowie der Steuer für Ackerpferde.<sup>128</sup>

Die Anfrage selbst fasste die Probleme der Landwirtschaft in vierzehn Punkten zusammen:

Der Teil der Nation, dessen Kapital in der Landwirtschaft investiert sei und diejenigen Gruppen der Gesellschaft, die in diesem Bereich Brot und Arbeit fänden, würden derzeit von einer bislang nicht gekannten wirtschaftlichen Krise heimgesucht. Die Fortdauer dieser Krise könne nachteilige Folgen für das Gesamtinteresse des Landes haben. Die Nachfrage für landwirtschaftliche Produkte sei derzeit gering, so dass die zu erzielenden Preise nicht einmal die Kosten decken. Die hohen Steuern auf weiterverarbeitete Gerste hätten die Nachfrage drastisch zurückgehen lassen. Die Beibehaltung dieser Steuern in Friedenszeiten, in denen sich auch die Schmuggelmöglichkeiten enorm verbesserten, werde die einheimische Spirituosenproduktion benachteiligen und die Gerstennachfrage weiter verringern. Die Steuern für Malz, Bier und Spirituosen seien daher dringend zu reduzieren. Inländisches Getreide müsse man in Jahren des Überflusses aufkaufen und Vorräte anlegen. Nur so könne der Getreideanbau und die gleichmäßige Versorgung gefördert und Engpässe in schlechten Erntejahren vermieden werden.

Die Einfuhrerlaubnis für ausländisches Getreide und seine Lagerung im Lande verhinderten jedoch dies Vorhaben. Die Getreidegesetze der vergangenen Parlamentssession müssten daher so geändert werden, dass zollfreie Getreideeinfuhr zum Zwecke der Lagerhaltung nicht mehr gestattet werde. Zum Aufkauf der derzeitigen landwirtschaftlichen Überschüsse und zu Kapitalanlagen in der Landwirtschaft sollten Investoren durch Regierungszusagen angeregt werden. Aufgrund der hohen Besteuerung landwirtschaftlicher Produkte aus der heimischen Produktion müssten aus Wettbewerbsgründen die eingeführten Produkte der gleichen Besteuerung unterliegen. Damit solle die Landwirtschaft die gleichen Vorteile genießen, wie sie der Industrie durch Exportzuschüsse und Schutzzölle gewährt werde. Die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte solle daher mit zusätzlichen Zöllen und Abgaben, die über den Rahmen der Korngesetze hinausgingen, belegt werden. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte müsse durch Prämien und Zoll Rückvergütungen gefördert werden, um die Überschüsse abzubauen.

Der Zehnte und die Armensteuern, die nahezu ausschließlich von den landwirtschaftlichen Produzenten aufgebracht werden müssten, würden als

<sup>128</sup> Vgl. hierzu auch NA PRO H.O. 42/148 z.B. Hobhouse – Sidmouth, Wilton Park, 1.1.1816.

immer bedrückender empfunden; daher müssten die landwirtschaftlichen Erzeuger dringend in anderen Bereichen entlastet werden.<sup>129</sup>

Der Zeitpunkt, den der entschiedene Agrarprotektionist "Squire" Western für seine Motion aussuchte, war geschickt gewählt: einen Tag vor der ersten Abstimmung über den Heereshaushalt und gut eine Woche vor dem entscheidenden Votum über die Besitzsteuer. Bei einer kurzen Aussprache über die Situation der Landwirtschaft wurden Westerns Vorschläge wohlwollend aufgenommen und sogar als maßvoll gerühmt. Sprecher des Regierungslagers, wie Robinson und Huskisson, wiesen jedoch darauf hin, dass der neu zu etablierende Agrarausschuss sicher nicht alle Probleme lösen und die hochgespannten Erwartungen der Öffentlichkeit wohl enttäuschen werde.<sup>130</sup> Die Probleme, denen er seine ganze Aufmerksamkeit zuwenden müsse, seien kompliziert, weil sie wesentliche Fragen der sog. politischen Ökonomie berührten.<sup>131</sup>

Die 1814 entstandene Krise in der Landwirtschaft Großbritanniens erfasste im folgenden Jahr nahezu alle Bereiche des Wirtschaftslebens. Sieht man von geringfügigen punktuellen Erholungen von Handel und Industrie ab, so verblieb die britische Wirtschaft zwischen 1815 und 1821 in einer Rezession, obwohl sich die Regierung bemühte, Handel, Industrie und Landwirtschaft zu unterstützen und neue Märkte zu erschließen. Die enormen Wachstumsraten von Handel und Industrie in den letzten Kriegsjahren ließen sich seit dem Ende des Krieges 1815 nicht fortsetzen. Da der Bedarf an militärischen Ausrüstungsgegenständen aller Art gedeckt war, blieben die Regierungsaufträge, die die Konjunktur nicht nur belebt, sondern auch überhitzt hatten, infolge drastischer Sparmaßnahmen plötzlich aus. Vergeblich hofften Industrie und Handel, mit Kriegsende auf dem Kontinent einen lukrativen Markt vorzufinden. Das vom Krieg verwüstete und erschöpfte Europa war für britische Waren kaum aufnahmefähig. Dies führte dazu, dass der Handel, der mit dem Kriegsende Europa zunächst mit britischen Produkten überschwemmt hatte, diese nicht absetzen konnte und die Produzenten in den europäischen Staaten von ihren Regierungen Maßnahmen zum Schutz ihrer heimischen Wirtschaft forderten. Wegen der anhaltenden Schwäche der britischen Währung, die sich im Laufe des Jahres 1815 nur langsam erholte, mussten Industrie und Handel bei den abgesetzten Produkten auch noch Währungsverluste hinnehmen. Die Folge dieser ebenso fatalen wie unerwarteten Entwicklung waren nicht wie erhofft "Peace and Plenty" für die britischen Kaufleute und Fabrikanten, sondern zahlreiche Konkurse. Die schlechte Wirtschaftslage ließ die Arbeitslosenzahlen emporschnellen und brachte steuerliche Belastungen durch höhere "Poor Rates". Hinzu kam, dass

<sup>129</sup> Hansard I/XXXIII HoC Sp. 55 f.

<sup>130</sup> Ibid., Sp. 63 ff

<sup>131</sup> Ibid., Sp. 66 f.

der Abbau von Armee- und Marinepräsenz zusätzliche Arbeitskräfte freisetzte, die den Arbeitsmarkt belasteten. So wurden allein 1816/17 über 332 000 Seeleute und Soldaten aus der Marine und Armee entlassen.<sup>132</sup>

Die Regierung wurde durch den enormen Schuldenberg – die “National Debt” betrug 1816 über 902 Millionen Pfund Sterling und war damit mehr als dreieinhalb Mal so groß wie im Jahre 1793 – zu einer restriktiven Ausgabenpolitik gezwungen. Um die gewünschte Rückkehr zum Goldstandard baldmöglichst vollziehen zu können, war sie im Zusammenarbeit mit der Bank von England genötigt, durch eine Deflationspolitik das britische Pfund – der Kurs des Papierpfundes lag 1813 etwa 30% unter dem Goldwert – wieder zu stabilisieren.<sup>133</sup> Bis 1819 gelang es, die Disparität zwischen “Papierpfund” und “Goldpfund” auf fünf Prozent zu bringen, so dass es schließlich 1821 gelang, zum Goldstandard zurückzukehren. Über eine “Property Tax” wäre dieses Ziel wahrscheinlich bereits früher erreicht worden. Die Regierung wagte jedoch nicht noch einmal, die Wiedereinführung dieser Steuer zu betreiben. Die Abschaffung der “Property Tax” brachte nicht die erhoffte Entlastung für das Land, ebenso wenig wie die für die ersten Nachkriegsjahre charakteristische Forderung nach immer größeren Steuererleichterungen, verknüpft mit dem Ruf nach einem “cheap government”. Eher trat das Gegenteil ein. Der vom Parlament abgesteckte Finanzrahmen, die sich hieraus ergebenden Einnahmeverluste und drastischen Einsparungsmaßnahmen bewirkten eher Unruhen und Arbeitslosigkeit. Der Schrei nach “parsimony” und “economy” – ein nur zu verständlicher Wunsch nach den übermäßig hohen Kriegssteuern und Lasten – erwies sich als Bumerang. Die drastische Beschneidung der Regierungsausgaben wirkte nachhaltig auf Landwirtschaft und Industrie. Regierungsaufträge blieben aus, Inlandsverbrauch und Export kamen aber nur sehr langsam wieder in Gang. Vor dem Oberhaus betonte Premierminister Liverpool am 26. Februar 1822 mit Recht, dass die Depression der Nachkriegsjahre nicht zuletzt auf die vom Parlament erzwungene Sparpolitik zurückzuführen sei, die eine Belebung der Inlandsnachfrage verhindert habe, wofür die Landwirtschaft das beste Beispiel biete. In den letzten Kriegsjahren habe die Regierung jährlich für nahezu zwei Millionen Pfund Fleisch und andere landwirtschaftliche Produkte geordert. 1822 werde die Administration nicht einmal ein Zehntel dieses Betrages für diese Zwecke aufwenden.<sup>134</sup>

<sup>132</sup> Gash, *After Waterloo*, 147.

<sup>133</sup> Sir John Clapham, *The Bank of England. A History* (Cambridge: Cambridge UP, 1966), Bd. II 1797–1914, 49 ff.; Cookson, *Liverpool's Administration*, 21 ff.

<sup>134</sup> Hansard II/VI HoL Sp. 682–717 (26.2.1822): *During the war, and especially during two or three years of the war, an expenditure took place which, if it had continued, must have produced the most fatal consequences, but which was called for at the time by considerations of sound and*

Fehlende Einnahmen und der Zwang zum Budgetausgleich nötigten das Kabinett Liverpool zwischen 1816 und 1820, die Fehlbeträge mittels Regierungsanleihen zu finanzieren. Dabei mussten stets – mit Ausnahme des Jahres 1817 – sechzig und mehr Prozent des Haushaltes auf dem Kapitalmarkt beschafft werden.<sup>135</sup> Das “balanced budget” blieb bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts eine “heilige Kuh”. Der britischen Öffentlichkeit und dem Parlament war nach Waterloo die Keynesianische Wirtschaftstheorie des “deficit spending” ebenso wenig einsichtig wie nach dem Ersten Weltkrieg. Man suchte das Heil in Sparsamkeit und Deflation. Als die von Parlament und Öffentlichkeit dem Kranken verordnete Medizin nicht sofort die gewünschte Wirkung zeigte, erhöhte man die Dosis. So wurden die Regierungsausgaben in den folgenden Jahren weiter gekürzt<sup>136</sup>, desgleichen die Zivilliste, die Gehälter und andere öffentliche Aufgaben, wie beispielsweise die Aufwendungen für

---

*indispensable national policy. The effect of that expenditure certainly was, to create for the farmer an immense market for his produce. The cessation of the demand must necessarily be followed by effects injurious to him. During the last years of the war, the annual demand of the government of this country on the market, for meat and other provisions, exceeded 2,000,000 £.; at present it does not reach 200,000 £. Your lordship may easily conceive the effect of such a reduction in the demand for the farmer's produce. And this is a most material point to consider; because, although I admit that such a reduction of the public expenditure as is consistent with justice, and with the safety of the state, can alone place public affairs on a sure and solid foundation; yet it ought not to be forgotten that the immediate effect of that reduction must be, to aggravate the distress of the farmer, by diminishing the demand for his produce; as I have already observed, it is a market and a consumer that the farmer really wants.*

<sup>135</sup> Arthur Aspinall, E. Anthony Smith, eds., *English Historical Documents* (London: Eyre & Spottiswoode 1971), Bd. XI (in der Folge EHD), S. 577:

Jahr	Einnahmen £	Kreditaufnahme £	Ausgaben Civil Government £	Ausgaben Army/Navy £
1803	41 168 024	44 464 102	9 072 087	25 290 914
1804	42 441 655	32 441 654	7 448 969	24 856 865
1813	70 336 591	83 698 697	9 555 940	58 834 552
1814	74 686 242	101 451 379	9 669 084	74 180 385
1815	77 887 336	92 934 267	10 439 282	72 473 101
1816	79 101 126	97 932 505	10 768 336	56 468 866
1817	69 265 851	60 935 085	10 270 293	28 180 560
1818	57 600 698	61 485 764	9 566 231	17 702 297
1819	59 509 469	79 203 736	10 577 580	15 705 405
1820	58 073 316	63 143 923	9 780 301	16 678 158
1821	59 892 314	83 822 731	9 688 311	16 717 730
1822	61 611 769	82 330 377	9 896 612	16 629 730

<sup>136</sup> Vgl. EHD XI, S. 577:

Armee und Marine.<sup>137</sup> Das Thema “cheap government” beherrschte auch die Parlamentswahlen im Sommer 1818. Obwohl sich die Regierung zuversichtlich gab, war ihr Ausgang nicht klar vorherzubestimmen. Dabei fürchtete das Kabinett weniger eine Stärkung der Whigs, als jener unabhängigen Abgeordneten, die eine noch stärker eingeschenkte Sparpolitik befürworteten.<sup>138</sup> Wähler, die ansonsten stets die Tories unterstützten und die Whigs verachteten, warfen jetzt der Regierung vor, sie habe nicht genug unternommen, um Frieden und Wohlstand des Landes zu fördern.<sup>139</sup> Diese Gruppen sahen aber nicht, dass die Budgetbewilligungspolitik des Parlamentes in hohem Maße mitverantwortlich für die wirtschaftliche Depression war. Den Unterhauswahlen von 1818 ging ein Wahlkampf voraus, wie er an Heftigkeit erst 1832 wieder geführt werden sollte. Die tatsächliche Stärke der Regierung blieb jedoch bis zu den ersten Abstimmungen im Parlament unklar, da 157 Abgeordnete ohne Parlamentserfahrung in das Unterhaus eingezogen.<sup>140</sup> Trotz

Jahr	Einnahmen £	Kreditaufnahme £	Ausgaben Civil Government £	Ausgaben Army/Navy £
1803	41 168 024	44 464 102	9 072 087	25 290 914
1804	42 441 655	32 441 654	7 448 969	24 856 865
1813	70 336 591	83 698 697	9 555 940	58 834 552
1814	74 686 242	101 451 379	9 669 084	74 180 385
1815	77 887 336	92 934 267	10 439 282	72 473 101
1816	79 101 126	97 932 505	10 768 336	56 468 866
1817	69 265 851	60 935 085	10 270 293	28 180 560
1818	57 600 698	61 485 764	9 566 231	17 702 297
1819	59 509 469	79 203 736	10 577 580	15 705 405
1820	58 073 316	63 143 923	9 780 301	16 678 158
1821	59 892 314	83 822 731	9 688 311	16 717 730
1822	61 611 769	82 330 377	9 896 612	16 629 730

<sup>137</sup> Hansard I/XXXV Sp. 258 f., 654 ff.; Hansard I/XXXVI Sp. 37 f. Vgl. auch BL Add. MSS Liverpool Papers 38191, Huskisson – Liverpool, Eastham, 9.7.1818: *I am convinced that without prudence in the Regent's Expenditure, and something more than has hitherto been done to diminish that of the State, you will feel the bad consequences in the New Parl<sup>t</sup> and in public opinion, which is after all the power to which we must look for any durable and prevailing influence in P<sup>t</sup> itself.* Vgl. auch Cookson, *Liverpool's Administration*, 116 ff. und Gash, *After Waterloo*, 155.

<sup>138</sup> Vgl. BL Add. MSS Liverpool Papers 38191, Korrespondenz Juli 1818.

<sup>139</sup> *Ibid.*, Huskisson – Liverpool, Eastham, 9.7.1818: *Be assured that the feeling is strong in the Country, that we have not done enough: that it is the feeling of many Men not only moderate but even friendly to Govt [...]. The old remark, that a Ministry enjoying the cordial good will of the Sovereign is best for War, but unfitted for peace, and especially with the present sovereign.*

<sup>140</sup> Cookson, *Liverpool's Administration*, 141 ff. und Gerrit Parmele Judd, *Members of Parliament 1734–1832*. (New Haven: Yale UP, 1955), 28 f.



Liverpools handels- und industriefreundlicher Politik hatte die Regierung nur wenige Wähler aus der “middling sort of people” gewonnen, nicht zuletzt aufgrund der instabilen innenpolitischen Situation von 1817/18, die durch Unruhen, Preiskrawalle<sup>141</sup> und Streiks<sup>142</sup> gekennzeichnet war. Der kommerzielle Mittelstand war verunsichert, die Magistrate riefen in Ermangelung ausreichender eigener Polizei- und Ordnungskräfte zunehmend nach Truppenstationierungen, die aber wegen der Kürzungen im Militärhaushalt nicht, oder nur teilweise möglich waren. 1822 hatte Lord Liverpool die drastische Beschneidung der Ausgaben der Exekutive als wesentliche Ursache der Wirtschaftskrise seit 1814 bezeichnet. Fallende Exporte, steigende Importe und fehlende Regierungsaufträge trafen einige Bereiche der Wirtschaft doppelt hart, während die Arbeitsmarktsituation durch zahlreiche Entlassungen aus Marine und Armee zusätzlich verschärft wurde. Einer dieser Bereiche war die sog. “Shipping Interest”. Werften und Reedereien hatten während des Krieges zahlreiche Regierungsaufträge erhalten. Die Sparmaßnahmen der Regierung und die schlechte Wirtschaftssituation von Landwirtschaft, Handel und Industrie brachten Einschränkungen im Transportverkehr. Mit Kriegsende wurden zahlreiche Seeleute in britischen Häfen abgeheuert, da Aufträge fehlten, die Reeder wollten mit geringerer Besatzung auskommen und zudem weniger Heuer zahlen. Die mittellosen Seeleute aus aller Herren Länder wurden zu einem Herd der Unzufriedenheit in den Hafenstädten und belasteten die Armenkasse.<sup>143</sup> Die Abmusterungen in der “Royal Navy” setzten weitere Arbeitskräfte für die

<sup>141</sup> NA PRO H.O. 41/2–4; NA PRO H.O. 42/158–182; NA PRO H.O. 40/4 (3), 5 (1, 2, 3, 4a, 4b–7), 6 (2, 4, 6, 7–9), 7 (1–5, 8, 10), 8 (1, 2, 4); Vgl. auch Frank Ongley Darvall, *Popular Disturbances and Public Order in Regency England: Being an Account of the Luddite and other disorders in England during the Years 1811– 1817 and the attitude and activity of the authorities* (London Oxford: Oxford UP 1934, 160 ff.; John Stevenson, *Popular Disturbances in England 1700–1832* (New York: Routledge, 2013); J. Stevenson, “Food Riots in England, 1792–1818,” in Roland E. Quinault, John Stevenson, eds., *Popular Protest and Public Order. Six Studies in British History, 1790–1920* (London: Routledge, 2021 (1974), 33–74; Andrew Charlesworth, ed., *An atlas of rural protest in Britain, 1548–1900* (Philadelphia: University of Philadelphia Press, 1983); John Bohstedt, “Food Riots and the Politics of Provision in Early Modern England and France, the Irish Famine and World War I,” in Michael T. Davis, ed., *Crowd Actions in Britain and France from the Middle Ages to the Modern World* (London Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2015), 101–123.

<sup>142</sup> Vgl. z.B. NA PRO H.O. 42/178, Byng – Home Office (Beckett), most private, Pontefract, 26.7.1818.; Ibid., Norris – Sidmouth, Manchester, 29.7.1818, sowie NA PRO H.O. 42/180.

<sup>143</sup> Vgl. z.B. NA PRO H.O. 42/142, Birch (Mayor) – Admiralität (Melville), 3.2.1815: Viele entlassene Seeleute seien arm und krank, man müsse sich um sie kümmern. *The above Claß of Paupers consists chiefly of Danes, Swedes, Portuguese, Italians, French & some from Sierra Leone; many of them in a state of filth & decease wanting instant relief; besides many British subjects born beyond sea.* Aber auch zahlreiche Engländer, Schotten und Iren seien darunter *who are in want*

Handelsmarine frei. All dies führte bereits während des Winters 1814/15 in den Hafestädten zu Unruhen, die jedoch 1815 kurzfristig zurückgingen, da mit Napoleons Rückkehr momentan wieder Seeleute gebraucht wurden. Im Spätsommer und Herbst 1815 kam es jedoch erneut zu Unruhen. In London, Clyde, Leith, Hull und Yarmouth forderten die arbeitslosen Seeleute Beschäftigung und Brot.<sup>144</sup> Zum eindrucksvollsten Streik kam es jedoch im September und Oktober 1815 in den Häfen des Nordostens.<sup>145</sup> Die Forderungen der Seeleute an Wear und Tyne betrafen die Bemannung der Schiffe, die Heuer für die Küstenschiffahrt zwischen Tyne, Wear und London sowie die sofortige Abheuerung ausländischer Seeleute von Schiffen aus den Häfen des Nordostens. Auf diese Weise wollte man die Arbeitslosigkeit unter den einheimischen Seeleuten beheben oder zumindest entscheidend mildern. Nachdem die Schiffseigner die Forderungen der Seeleute zurückgewiesen hatten, legten die Seeleute gemeinsam mit Bergleuten und "Keelmen"<sup>146</sup> den gesamten Transport zwischen Kohlegruben, Häfen und Bestimmungshäfen lahm. Die Behörden in Newcastle und in den anderen Städten der Region wie Sunderland und Wearmouth hielten die Wünsche der Seeleute für berechtigt, glaubten zunächst an eine gütliche Einigung zwischen den Vertretern der Seeleute und der Schiffseigner, forderten jedoch von der Admiralität die Entsendung eines Kriegsschiffes zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den Häfen. Die Admiralität erachtete den Wunsch der Seeleute, ausländische Seeleute zu entlassen, als wenig praktikabel und sicherte eine verstärkte Rekrutierung für die Marine im Nordosten zu. Die Rekrutierungsbehörden wurden sogar ermächtigt, Optionen für bestimmte Schiffstypen anzunehmen. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen unter den Seeleuten hielten deren Führer dies jedoch für wenig hilfreich, die Arbeitsmarktsituation in der Region zu entspannen. Als die Schiffseigner nur zu unzureichenden Konzessionen bereit waren, sperrten die gut organisierten Seeleute, deren Sprecher erst vor kurzer Zeit aus der "Royal Navy" ausgemustert worden waren, am 4. September 1815 die Tyne- und

---

*of every necessary & cannot get employ; many of them worn down, willing to be passed Home, but being in a State of absolute debility, are not able to proceed with Walking Pafes.*

<sup>144</sup> Vgl. die Berichte an das Home Office NA PRO H.O. 42/145–147.

<sup>145</sup> Vgl. die Berichte, Forderungen und Sitzungsprotokolle bei den Akten des Home Office, NA PRO H.O. 42/146 und NA PRO (Admiralty) ADM 1/1669. – Vgl. auch Norman McCord, "The Seamen's Strike of 1815 in North-East England," *The Economic History Review* XX (1968): 127–143; N. McCord, "Tyreside Discontent and Peterloo," *Northern History* 2 (1967): 91–111; D. J. Rowe, "The Strikes of the Tyneside Keelmen in 1809 and 1819," *International Review of Social History* 13 (1968): 58–75; Maurice Milne, "Strikes and Strike-Breaking in North-East England, 1815–44: The Attitude of Local Press," *International Review of Social History* 22 (1977): 226–240.

<sup>146</sup> Die "Keelmen" stellten auf Tyne und Wear die Besatzung der Flussschiffe. Vgl. McCord, *Seamen's Strike*, 127.

Wearhäfen. Der Kohletransport auf den Flüssen sowie der Gesamthandel in den Häfen kamen zum Erliegen. Schiffe konnten nur mit Genehmigung der Streikenden die Häfen verlassen. Dabei betonten die Seeleute, dass sie auf Gewaltakte verzichten wollten.<sup>147</sup> Auch die Admiralität, die schließlich nach langem Zögern auf Drängen des “Home Office” doch ein Kriegsschiff in den Tyne entsandte, wollte Gewalt vermeiden. Der Kapitän wurde angewiesen, seine Besatzung nicht gegen die Streikenden einzusetzen. Auch das Home Office entsandte einen Beobachter nach Newcastle, der über die Vorgänge und die berechtigten Wünsche der Streikenden nach London berichtete. Als alle Schlichtungsversuche der Behörden zwischen Streikenden und Schiffseignern scheiterten, wollte das Innenministerium die Blockade der Häfen brechen. Die Marine- und Armee-Einheiten in der Region wurden bis Mitte Oktober 1815 verstärkt, um durch eine Demonstration militärischer Macht ein Einlenken zu erreichen. Innenminister Lord Sidmouth erklärte, die Seeleute müssten erst ihr ungesetzliches Vorgehen beenden, ehe ihre – berechtigten – Klagen angehört werden sollten. In einer gut geplanten “Polizeiaktion” wurden die Blockadeschiffe besetzt und die Straßen zwischen den Städten und den Häfen abgeriegelt. Die Seeleute durften sich aber zur Diskussion der Forderungen versammeln. Sidmouth hatte die Behörden auch angewiesen, gegen die Seeleute und ihre Führer nicht hart einzuschreiten und von Prozessen möglichst abzusehen, da die Nation den Seeleuten so viel verdanke.<sup>148</sup> Auf einer Massenversammlung nahmen die Seeleute schließlich doch das vorher als unzureichend abgelehnte Angebot der Schiffseigner an. Darin hatten diese geringfügige Erhöhung der Heuer und Vollbemannung zugesagt. Diese Bedingungen wollten sie nun nicht mehr einhalten, nachdem der Streik gebrochen war. Unter dem Druck der Behörden mussten die Schiffseigner, die versucht hatten, jetzt neue Bedingungen zu ihren Gunsten zu erwirken, ihre zunächst gegebenen Zusagen einhalten.<sup>149</sup> Das Verhalten der Schiffseigner, die zunächst zu keinerlei Konzessionen bereit gewesen waren und die auf eine gewaltsame Brechung des Streikes durch die Behörden gesetzt hatten und erst unter Druck Zugeständnisse machten, wurde von den Verantwortlichen im Innenministerium, von den Grafschaftsbehörden

<sup>147</sup> Vgl. den Bericht von Kapitän Caulfield an die Admiralität (NA PRO ADM 1/1669) vom 16.9.1815: *I took the opportunity of again impressing on the minds of these men, the danger, as well as folly of their proceedings – and they repeated their promise, that no act of violence should be committed – which I have every reason to believe as about 6000 of them walked thro’ the Town this day, and quietly dispersed.*

<sup>148</sup> Vgl. NA PRO H.O. 42/146, Sidmouth – Lord Mayor (New Castle), Whitehall, 18.10.1815; ders. – John Cartwright, Whitehall, 20.10.1815.

<sup>149</sup> Die Schiffseigner versuchten dennoch, die Vereinbarungen über Bemannung und Heuer zu unterlaufen. Sie verließen die Häfen mit voller Besatzung und setzten später die “überzählige” Mannschaft an Land aus. (Vgl. NA PRO H.O. 42/146, Berichte Cartwrights).

wie von den lokalen Magistraten nahezu einhellig missbilligt.<sup>150</sup> Die Forderungen der Seeleute wurden dagegen von den politischen Verantwortlichen, soweit sie keine eigenen Interessen verfolgten,<sup>151</sup> als gerechtfertigt anerkannt. Die Führer des Streikes sollten daher auch möglichst nicht bestraft werden.<sup>152</sup> Zur Unterstützung der Lokalbehörden entsandte Sidmouth einen hochqualifizierten Beamten des "Bow Street Police Office" den "Chief Clerk" Stafford, nach Newcastle. Er sollte darauf achten, dass möglichst keine Strafverfahren gegen die Streikenden eingeleitet würden. Die Behörden missbilligten diese Intervention Londons, da sie Strafverfolgungen im Zusammenhang mit den Streiks als eigene Angelegenheit betrachteten. Bei der ersten "Quarter Session" 1816 wurden jedoch nur sieben Streikteilnehmer zu Gefängnis zwischen zwei und zwölf Monaten verurteilt.

Dieser Streik im Nordosten Englands vermittelt wertvolle Einsichten in die Regierungspolitik gegenüber Streiks und Unruhen, aber auch in die Hindernisse, die sich der Regierung in den Weg stellten. Sehr deutlich wurde hierbei, dass das "Home Office" nicht länger bereit war, wie dies teilweise noch 1812 geschehen, Unruhen und Streiks sofort militärisch niederzuschlagen. Das Kabinett vertrat die Auffassung, dass begründete Forderungen und Klagen der "lower sort of people" angehört und möglichst gelöst werden mussten, ohne dabei Militär einzusetzen. Die Klagen der Seeleute an Tyne und Wear über die Schiffseigner waren berechtigt und gründeten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Der Streik sollte nur jene Probleme beheben, die durch das Verhalten der Schiffseigner entstanden waren, er hatte also keinerlei politischen Motive. Während seiner Dauer erklangen niemals Forderungen nach Reform oder Umsturz des bestehenden politisch-sozialen Systems, wie das umfangreiche einschlägige Material zeigt. So äußerte John Cartwright, den der Innenminister als Beobachter entsandt hatte, in einem Bericht an Sidmouth lediglich, dass die bemerkenswerte Organisation und Disziplin der Streikenden leicht auch

<sup>150</sup> Vgl. NA PRO H.O. 42/146, die Berichte John Cartwright's, den Sidmouth nach Newcastle entsandt hatte, um über die Vorgänge genaue Informationen zu erhalten. Vgl. z.B. den Bericht vom 17.10.1815 sowie Sidmouth's Anweisung an Cartwright vom 20.10.1815. Siehe auch die Briefe der Magistrate an Sidmouth (ebda) sowie des Duke of Northumberland (ebda), aber auch die der Generäle Wynyard und Riall, die die Truppen befehligten.

<sup>151</sup> NA PRO H.O. 42/146, Briefe des Magistrates Green (Durham County) an Sidmouth vom 8.10.1815.

<sup>152</sup> NA PRO H.O. 42/146, Northumberland – Sidmouth, 24.10.1815: *The Combination is, I trust, at least dissolved; and it is now my earnest wish that no prosecution may be instituted except among the most prominent offenders, and that, as the law is no longer violated, that consideration and Liberality may be manifested by the shipowners, which is due to British Seamen* – Vgl. auch McCord, *Seamen's Strike*, 140 f.

einmal für andere Ziele missbraucht werden könnten.<sup>153</sup> Die Aufforderung des Innenministeriums an die verantwortlichen Regionalbehörden, Gewalt gegen die Streikenden möglichst zu vermeiden, soweit diese nicht selbst Gewalt gegen fremdes Eigentum anwendeten, fiel bei den Magistraten auf fruchtbaren Boden. Im Gegensatz zu vielen anderen Lokal- und Grafschaftsbehörden zeigten sie sich ihrer Aufgabe gewachsen, behielten klaren Kopf und ließen sich nicht zu Kurzschlusshandlungen, wie dies 1819 in Peterloo der Fall sein sollte, hinreißen. Das Verhalten der Magistrate machte aber auch deutlich, dass diese nicht gewillt waren, Eingriffe der Londoner Regierung in die lokale Verwaltung zu dulden. Die Streiks in den nordöstlichen Häfen bieten so ein anschauliches Beispiel dafür, dass die Regierung Unruhen nicht gewaltsam niederschlagen, sondern Spannungsabbau durch Mäßigung und Erfüllung berechtigter Gravamina erstrebte, um die “lower sort of people” in das bestehende politisch-soziale System zu integrieren. Dieses Ziel schien am besten erreichbar durch friedliche Konfliktregulierung, verhinderte das Übergreifen von Unruhen und entzog Agitatoren den Nährboden. Auch hier zeigt der Streik der Seeleute im Nordosten, dass die Aktivitäten der radikalen Reformer – am 6. Oktober 1815 hatte Major Cartwright, der “Vater der Reform”<sup>154</sup> in Newcastle gesprochen – keine Resonanz fanden und ins Leere stießen. Dennoch politisierten sich im Laufe des Jahres 1816 die Massen, was in hohem Maße auf die “Petitionsbewegungen” zurückzuführen war. Bereits seit dem Spätjahr 1813 hatte eine Massenbewegung gegen die Corn Laws eingesetzt, eine Flut von Petitionen gelangte an das Parlament und bewirkte zumindest, dass sich ein Parlamentsausschuss eingehend mit dieser Frage befasste. Doch die Petitionen verfehlten ihre Absicht. Im Gegenteil, das Parlament stellte sich auf die Seite agrarischer Interessen und verabschiedete 1815 ein entsprechendes, protektionistisches “Getreide”- Gesetz, das allerdings aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft ebenso wenig Abhilfe schaffen konnte, wie die vom Parlament erzwungene Abschaffung der “Property Tax” im März 1816. Gerade die “Petitionsbewegung” für die Abschaffung der Property Tax”, die von der Whig-Opposition in beiden Häusern des Parlamentes unterstützt wurde, gewann zunehmend eine Eigendynamik, die immer schwieriger unter

<sup>153</sup> NA PRO H.O. 42/146, Berichte Castlereaghs an Sidmouth vom 14., 17. und 20.10.1815. Auf den unpolitischen Charakter des Streiks verweist ein Bericht des Chief Clerk Stafford an Sidmouth vom 31.10.1815, in dem es heißt, *it does not appear that the Seamen had any other object in view beyond that which they averred which was an increase in wages and that the ships should carry an additional number of men in proportion to their tonnage.*

<sup>154</sup> William Ralph Cartwright (1771–1847), 1797–1831 M.P. für Northamptonshire, 1832–1846, M.P. für South-Northamptonshire (Er setzte sich nachhaltig für eine Parlamentsreform auf friedlichem Wege ein).

Kontrolle zu halten war. In die Petitionen flossen zunehmend politische Töne ein. Mit der Ablehnung des Parlaments als wahren Repräsentanten des Volkes verbanden sich bald die Forderungen nach politischen Reformen und einer Umverteilung der Macht<sup>155</sup>, Gedanken, die von radikalen Whigs unterstützt wurden. Doch auch die gemäßigten Whigs zeigten sich zu sofortigen Reformen bereit, um die aristokratische Herrschaft zu sichern. Im Gegensatz hierzu lehnte die Regierung jedoch sofortige und tiefgreifende Reformen als bedenklich ab. Das bestehende politisch-soziale System sollte vielmehr schrittweise reformiert werden, um eine organische Entwicklung zu garantieren. Gemäßigte Whigs und gemäßigte Tories waren sich im Ziel, nämlich der Erhaltung und Sicherung aristokratischer Herrschaft, völlig einig. Differenzen bestanden nur über den besten Weg zu diesem Ziel. Die Unterstützung der Forderungen nach mehr "popular government" verband sich im Lager der Whigs mit viel modischem Opportunismus. Man wollte die Stimmung des Landes, das Befreiung von den Steuerlasten des Krieges ersehnte, für den Sturz der Regierung ausnützen, um selbst endlich wieder die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Immer wieder in den Jahren nach 1815 glaubten sich die Whigs fast am Ziel und erörterten bereits Ministerlisten.<sup>156</sup>

#### 4. Die Frage der inneren Ordnung

Die nach 1798/99 erneute ernste wirtschaftliche Krise von 1811/12 – charakterisiert durch schlechte Ernten, steigende Preise, fallende Löhne, Entlassungen und wachsende soziale Konflikte – konnte nach dem Sieg von 1813/15 durch eine zunehmende Öffnung der europäischen Märkte für britische Produkte und durch Ausweitung des Überseehandels langsam überwunden werden. Bereits bis zum Ende des Jahres 1813 waren die Versorgungsschwierigkeiten weitgehend behoben. Der Rückgang der Lebensmittelpreise und die verbesserte Wirtschaftslage führten auch zu einem Rückgang der Preiskrawalle in den industrialisierten Regionen Mittel- und Nordostenglands sowie in Schottland und Südwales.<sup>157</sup> Dennoch waren Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen

<sup>155</sup> Hansard I/XXXII HoC Sp. 433 ff. (13.2.1816). Vgl. auch NA PRO H.O. 42/157 wo sich neben Berichten zahlreiche Flugschriften zur Parlamentsreform finden z.B. *Political Litany to be said or sung at all Firesides in England, Wales, Scotland and Ireland* (Coventry) – Vgl. auch NA P.R.O.T.S. 11/155 (466), 43 pt. 4.1, 155, 157, 202 – Vgl. auch NA PRO H.O. 40/7 (1), 8 (1) – NA PRO H.O. 40/9 (1) Pamphlets und NA PRO H.O. 40/9 (3) Papers found with Prisoners. Vgl. z.B. auch Walter Fawkes Esq., *The Englishman's Manual, or a Dialogue between a Tory and a Reformer* (London, 1817) (NA PRO H.O. 40/10 (3)).

<sup>156</sup> Mitchell, *Whigs in Opposition*, 116 ff.; Cookson, *Liverpool's Administration*, 69.

<sup>157</sup> Vgl. die Berichte an das Home-Office in NA PRO H.O. 42/137–142 und NA PRO H.O. 40/1/I, II.

und sozialen Situation weit verbreitet, vor allem in den vom sozialen Abstieg bedrohten Schichten, die durch den zunehmenden Einsatz von Maschinen in Landwirtschaft und Industrie aber auch im Transportwesen ihre Arbeitsplätze verlieren mussten. Davon zeugt die Zunahme der Einbruchdelikte,<sup>158</sup> aber auch die Fortdauer des “Maschinen-Stürmens” (“Maschine-breaking”), vor allem in Nottinghamshire.<sup>159</sup> Hingegen hatten die harten Urteile gegen die Maschinenstürmer seit Anfang 1813 ihre Wirkung nicht verfehlt.<sup>160</sup> Als daher im Unterhaus im November 1813 die zweite Lesung der “Lace and Stocking Frame Bill“ erfolgte, die für das Zerschlagen von Webrahmen die Todesstrafe vorsah, mehrten sich die Stimmen gegen dieses Gesetz, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt unangebracht sei<sup>161</sup>, und selbst der Generalstaatsanwalt vertrat die Auffassung, dass die Umstände für die Einführung des Gesetzes nicht länger gegeben seien.<sup>162</sup> Die Magistrate befürchteten jedoch nach wie vor Ausschreitungen und waren beunruhigt durch Waffendiebstähle und anonyme Drohungen gegen Militärdepots.<sup>163</sup> Immer wieder wurde 1813/14 von den Magistraten Militär angefordert, um Ruhe und Ordnung zu wahren und ein “Losschlagen der Revolution” zu vereiteln.<sup>164</sup> Bewaffnete Männer würden sich in den Mooren Yorkshire’s zusammenrotten und die Revolution beginnen. Die Furcht der Lokalbehörden vor einer erfolgreichen Agitation der “revolutionären Partei” unter den Unzufriedenen findet sich in den Berichten an das Innenministerium gegen Ende des Krieges relativ häufig. Sie weisen darauf hin, dass die Spannungen im Gesellschaftsgefüge von den Magistraten empfunden wurden. Sie waren aber unsicher und vielfach ungeeignet mit diesen Problemen

<sup>158</sup> Vgl. die Kriminalstatistik in NA PRO H.O. 42/141 (1814): *Statement of the Number of Criminal Offenders committed to the different Goals in England and Wales 1814*. Zwischen 1810 und 1813 wurden “Criminal Offenders committed to the different Goales in England and Wales 1814: 3158 (1810), 3163 (1811) 3913 (1812) 4422 (1813); NA PRO Treasury Solicitor’s Papers (in der Folge T.S.) 11/ 980–3580; Vgl. auch John J. Tobias, *Crime and Industrial Society in the Nineteenth Century* (New York: Schocken Books, 1972 (1967), 26 ff.; G. D. H. Cole, Raymond Postgate, *The Common People 1746–1946* (London: Routledge, 41971(1938), 179 ff.

<sup>159</sup> NA PRO H.O. 40/2(1–9) und NA PRO H.O. 42/ 137–141.

<sup>160</sup> NA PRO H.O. 42/132, 133 sowie Thomis, *Luddites*, 181; Frank Ongley Darvall, *Popular Disturbances and Public Order in Regency England*, 135 ff.; Nathan Ashley Bend, *The Home Office and Public Disturbance c. 1800–1832* (PhD University of Hertfordshire, 2018).

<sup>161</sup> Hansard I/XXVII HoC Sp. 208 ff. (29.11.1813), Sp. 218 f. (30.11.1814). Sp. 238 f. (3.12.1813).

<sup>162</sup> *Ibid.*, Sp. 238 f. (3.12.1813). Sp. 246 ff. (6.12.1813).

<sup>163</sup> Vgl. z. B. NA PRO H.O. 42/141: So wurde ein Militärdepot in Derby anonym bedroht: *We want som Bol Cartrig an Sum Harms, You may expect us very soon. Ned Ludd*.

<sup>164</sup> *Ibid.* die Berichte und Anträge der Magistrate an das Home Office im Jahre 1814, z. B. NA PRO H.O. 42/141: Coldham (Nottingham) – Sidmouth Oktober, November 1814 *Conspiracy of the Framework knitters; committing of the most violent outrages against the public peace*. Bittet um mehr Militär.

fertig zu werden. Die entsprechenden Akten geben auch bereits Hinweise auf die hieraus resultierenden späteren Konflikte. So kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den lokalen Behörden und militärischen Stellen über die Zweckmäßigkeit des Einsatzes von Militär zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande. Das Innenministerium kam den Wünschen der Magistrate nach Truppenstationierungen in ihrem Bezirk nur sehr widerstrebend nach. Der Innenminister und sein Unterstaatssekretär vertraten die Auffassung, die Behörden auf mittlerer und unterer Ebene sollten erst einmal die ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel ausschöpfen. Hierbei spielten u. a. zwei Überlegungen eine Rolle:

1. Bei den Unruhen des Jahres 1812 hatten die Lokalbehörden vielfach überhart reagiert. Militär wurde bei Vorfällen angefordert und eingesetzt, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durch die Lokalbehörden hätten gelöst werden können.

2. Aus innenpolitischen Rücksichten wollte die Regierung der Whig-Opposition in der Aufrechterhaltung eines hohen militärischen Präsenzstandes keine Angriffspunkte bieten.<sup>165</sup>

Aus diesen Gründen wandte sich beispielsweise Innenminister Lord Sidmouth Anfang 1814 in einem Brief an den "Chief Secretary of Ireland", Sir Robert Peel, ganz entschieden gegen die Übernahme von Polizeiaufgaben durch die Armee in Irland, Argumente, die gleichermaßen für England gälten. Es sei für die Truppenmoral schlecht, wenn sie in kleine Abteilungen aufgeteilt und mit Polizeiaufgaben belastet würde. Zum anderen seien derartige Maßnahmen auch für die Bewohner abträglich, da diese sich dann vollständig auf militärische Hilfe verlassen würden, statt der Wachsamkeit und Aktivität der Magistrate zu vertrauen und auch auf ihre eigene Klugheit und Bemühung um Schutz und Sicherheit zu setzen.<sup>166</sup>

In Regierungskreisen war man auch unzufrieden mit der Arbeit der Grafschaftsbehörden und den Lokalverwaltungen in den Städten und Gemeinden. Die Verantwortlichen müssten mehr Aktivität und Einsatz zeigen, doch die Ämter waren Ehrenämter. So kam der "Lord Lieutenant of the County" in der Regel aus der "Nobility" der Grafschaft. Der Inhaber, der vielfach Parlamentsmitglied war, musste nicht in der Grafschaft wohnen. In ruhigen Zeiten fielen für die Grafschaftsbehörden, die Mittelbehörde zwischen Regierung und Lokalverwaltung, nur wenige Aufwendungen an. Nur in Zeiten der Krise musste der Lord Lieutenant sein Amt voll ausfüllen.

<sup>165</sup> NA PRO H. O. 42/141, 142; vgl. auch Bend, *Home Office Public Disturbances*, 140ff.

<sup>166</sup> Sidmouth – Peel, 19.1.1814 (gedruckt in: George Peel, ed., *The Private Letters of Sir Robert Peel* (London: J. Murray, 21899, 1920 (Reprint: Ithaca: Cornell UP, 2009) I, 132 f., 133); vgl. auch Douglas Hurd, *Robert Peel. A Biography* (London: Weidenfeld & Nicolson, 2007).



Vielfach war er aber mit den neuen Aufgaben in einer entstehenden industriellen Gesellschaft überfordert. Ähnliches galt für die Magistrate und mitunter auch die Friedensrichter<sup>167</sup>, die sich mit den vielfältigen Problemen der rasch wachsenden Industrieorte konfrontiert sahen. Aufgrund dieser Situation machte man sich damals auch bereits Gedanken über ein Polizeigesetz, das im Gegensatz zum “Insurrection Act” – dieser konnte nur in Zeiten des offenen Aufstandes zur Anwendung kommen – den Magistraten Mittel für Unruhen und Zusammenrottungen an die Hand gab, um Ruhe und Ordnung in den Distrikten aus eigener Kraft zu gewährleisten.<sup>168</sup> Im Hintergrund stand der Gedanke, die auftretenden Probleme mit möglichst friedlichen Mitteln zu lösen und keine Truppen in größerem Umfang in den Bezirken zu stationieren. Auf diese Weise wollte man auch die “Alarmist Magistrates” zwingen, die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in ihrem Bereich einzusetzen und nur im äußersten Notfall um militärische Hilfe nachzusuchen.

Die geschilderten Probleme und Überlegungen aus der Kriegszeit sowie des Jahres 1814 sollten in den folgenden Jahren immer wieder die Politiker beschäftigen. Erst in den dreißiger Jahren wurden dann die angedeuteten Überlegungen für Reformen im administrativen Bereich realisiert. Einer der Höhepunkte der innenpolitischen Auseinandersetzungen war das “Massaker von Peterloo” im

<sup>167</sup> J. V. Jones, “Law Enforcement and Popular Disturbances in Wales 1793–1835,” *JMH* 42 (1970): 496–523, 497 ff.; Peel, *Private Papers* I, 142 f.; Peel, *Lord Desart*, 24.2.1814 *We have a right to call on country gentlemen for the performance of the ordinary duties of a magistrate, but in the event of a commotion and a general disposition to acts of outrage, we can scarcely expect from them, at least we can only find in very rare instances, that degree of activity and vigilance which is necessary for their suppression. It may be asked ... would it not afford reasonable ground of offence to the active magistrates [...] to have a stipendiary and possibly a stranger put over their heads? I should wish to put the magistracy to shame, and to make them contribute to the expense of their own disgrace by paying the man who performed their duty*, 124 f.; John Macdonell, R.W. Lee, eds., *Reports of State Trials. New Series*. 8 Bde. (Oxford: Clarendon Press, 1927), Bd. 1, 1–170.

<sup>168</sup> David J. V. Jones, “Law Enforcement and Popular Disturbances in Wales 1793–1835,” *JMH* 42 (1970): 496–523; Peel, *Private Papers* I, Lord Castlemaine – Peel 1.11.1813 *The state of the country is growing every day more alarming. The object of the disaffected seems to be now entirely directed to the getting of arms, though they are already well provided. There is scarcely a night passes without an attack being made on some house for that purpose, and the blacksmiths are occupied at night making pikes. Believe me, when it is too late Government will sorely repent it, if they do not re-enact the Insurrection Bill*, 124; *Ibid.*, Peel – Lord Whitworth, 1.12.1813 *I should have nothing to say to-day, had it not been for the renewed lamentations of that grand alarmist Lord Castlemaine and the magistrates of his neighbourhood. Their apprehensions are wound up to the highest pitch, and they represent this country in such a state as that nothing short of the Insurrection Act, and in all probability not even that, can save it from downright rebellion*, 125.

August 1819.<sup>169</sup> Die Regierung Liverpool hatte die Habeas Corpus Akte aufgehoben. Die Verabschiedung der “Six Acts” sollte die Behörden in die Lage versetzen Unruhen ohne Militäreinsatz zu beenden. Die Akten des Home Office zeigen augenfällig<sup>170</sup>, dass die Londoner Regierung keineswegs beabsichtigte auf dem St. Peter’s Field in Manchester ein blutiges Exempel zu statuieren, um den Reformern und Radikalen das Handwerk zu legen und die “lower sort of people“ zu unterdrücken. Wäre sonst das Kabinett aus den Ferien zurück nach London geeilt, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die künftighin Überreaktionen der lokalen Behörden sowie weitere Massaker verhindern sollten? Aus verschiedenen Quellen war das Kabinett über Entwicklungen und Stimmung im Land gut unterrichtet. Auch wenn Reforme agitierend als Redner durch das Land zogen und die bekanntesten von ihnen, wie der ‚Orator‘ Henry Hunt, große Volksmassen anzogen, so sah die Regierung die Ursachen für die Unruhen doch eher im sozialen und ökonomischen als im politischen Bereich. So schrieb Ende Juli 1819, Earl Fitzwilliam, Lord Lieutenant der West Riding an Innenminister Sidmouth. Es bestehe kein Grund *for suspecting any disposition of the people of the West Riding, to turbulence or commotion – if there is any [employment ...] it has nothing to do with Constitutional Considerations, but arises out of the improvement in the art of manufacture, which diminished the calls for their exertions & industry, & has become to them a real, afflicting grievance.*<sup>171</sup> Die Mehrzahl der Besucher der Reformveranstaltungen waren Frauen und Kinder, die Neugierde und Langeweile angelockt hatte. Sie waren mehr an Arbeit denn an politischer Mitsprache interessiert. Die Regierung ergriff daher Maßnahmen zur Förderung von Industrie und Handel und leitete Maßnahmen zur Linderung der sozialen Not in den Industrieregionen ein. Auf diese Weise wollte die Regierung Vertrauen zurückgewinnen und die Reformagitation ins Leere laufen zu lassen. Gegen die Reforme konnte die Regierung nur dann

<sup>169</sup> Zu Peterloo vgl. u.a. A. Read, *Peterloo Massacre* (Manchester: J. Wroe, 1819), digital version: <https://archive.org/details/peterloomassacre01read/page/n3/mode/2up> Zugriff 9.5.21; Michael Demson, Regina Hewitt, eds., *Commemorating Peterloo: Violence, Resilience and Claim-Making during the Romantic Era* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2020); Joyce Marlow, *The Peterloo Massacre* (Rapp&Whiting London, 1969); Donald Read, *Peterloo, the massacre and its background* (Manchester: Manchester UP, 1973); Reginald James White, *Waterloo to Peterloo* (London: Macmillan, 1957); Robert Walmsley, *Peterloo. The Case reopened* (New York: Augustus M. Kelly, 1969); F. M. Leventhal, “Why a Massacre? The Responsibility for Peterloo,” *The Journal of Interdisciplinary History* 2/1 (1971): 109–118; Im größeren Zusammenhang: Norman Gash, *Aristocracy and People: Britain 1815–1865* (London: Hodder&Stoughton, 1979), 93ff.; Cookson, *Lord Liverpool’s Administration*, 178ff.; Stevenson, *Popular Disturbances*, 213ff.

<sup>170</sup> Vgl. hierzu u.a. NA PRO H.O. 41/4,5 – NA PRO H.O. 42/189 – NA PRO T.S. 11/43, 155.

<sup>171</sup> Fitzwilliam – Sidmouth 31.7.1819 (NA PRO H.O. 42/190). Ähnliche Äußerungen finden sich in den Berichten des für die Region zuständigen Generals Byng.

vorgehen, wenn ungesetzliche Handlungen begangen wurden. Das Home Office reagierte auf die Berichte der lokalen Behörden unterschiedlich. Die "Brandbriefe" der Lokalbehörden über Waffenlager, militärische Übungen und einen bevorstehenden landesweiten Aufstand nahm das Innenministerium zur Kenntnis und forderte genauere Angaben ein und forderte auf zu nächst die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen ehe Militär entsandt werden könnte. Gegen die Aufstellung von "Bürgerwehren" hatte das Ministerium große Bedenken. Gewaltakte und Eigentumsdelikte seien mit gesetzlichen Mitteln und nicht mit Gewalt zu regeln. Die Lokalbehörden wurden immer wieder aufgefordert bei Unruhen und Aufläufen die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten. Gerade bei der Massenveranstaltung auf dem St. Peter's Field in Manchester ließen es die übernervösen Lokalbehörden es an der Verhältnismäßigkeit der Mittel missen als sie panikartig angesichts der militärischen Disziplin der Abordnungen aus der Region reagierten und der "Yeomanry" befahlen die Versammlung aufzulösen. Die Ruhe war damit nicht wiederhergestellt. Die Nachricht über das "Massaker" verbreitete sich im ganzen Land. Die Opposition im Parlament versuchte durch "Peterloo" die Regierung zu stürzen. Die Ereignisse in Manchester und die Agitation der radikalen Reformer bewogen das Kabinett gesetzliche Maßnahmen einzuleiten. Sie sollten den inneren Frieden sichern ohne die "English liberties" anzutasten. In einem Brief an die Verantwortlichen in Manchester stellte Liverpool fest: *I have no hesitation in declaring it to be my opinion that Parliament and the Country must make the option between Laws suited to the Danger, Military Government, or Anarchy.*<sup>172</sup> Am 30. November 1819 verabschiedete das Parlament die "Six Acts."<sup>173</sup> Der entscheidende Punkt für die Regierung war dabei *that the government would only act within the broad framework of the law to defend the established order. 'English Liberties' were so revered by the nation that the ruling class would and could not bring itself to condone censorship, a large standing army, a police force, or a ban on public meetings even to cope with the politically abhorrent.*<sup>174</sup> Castlereagh plädierte im House of Commons dafür die notwendigen Maßnahmen zur Sicherheit schnell zu verabschieden und nicht zu warten *until a period when, in all human probability, they could be of no avail.*<sup>175</sup>

<sup>172</sup> Sidmouth – Hulton (Manchester) 2.9.1819 (NA PRO H.O. 41/5).

<sup>173</sup> Zu den "Six Acts" vgl. (60 Geo. III, c. 1–8) EHD IX Nr. 302, 335–34; Cookson, *Lord Liverpool's Administration*, 178ff., 191ff.

<sup>174</sup> Cookson, *Lord Liverpool's Administration*, 191.

<sup>175</sup> Hansard I/XLI HoC Sp. 558f., Sp. 559. Zur Debatte vgl. Ibid., S. 575ff.; Ibid., Hansard I/XXLI, HoL, sp. 578ff.; Ibid., HoC, Sp. 595 ff. (2 Dec 1819).

### 5. Die Probleme Irlands: Die Irische Frage und die Katholikenemanzipation

Die instabile und oftmals gespannte Situation in Irland hatte während der Kriege immer wieder das besondere Augenmerk der Regierung auf sich gezogen. Nachdem die Katholikenemanzipation aufgrund zahlreicher Widerstände, vor allem vonseiten der Krone, beim Inkrafttreten des „Act of Union“ im Jahre 1801 nicht voll realisiert werden konnte, versuchte die Regierung in London zumindest durch eine Politik des Ausgleiches den Radikalen den Nährboden für ihre Agitation weitgehend zu entziehen.<sup>176</sup> Dies wurde insbesondere seit 1812 in zunehmendem Maße notwendig, als die Frage der Katholikenemanzipation wieder in Parlament und Öffentlichkeit diskutiert wurde. Am 21. April 1814 reichten die Katholiken in Irland erneut eine Petition an das Parlament ein.<sup>177</sup> In den folgenden Monaten wurde die Frage der Katholiken verschiedentlich in beiden Häusern des Parlamentes behandelt.<sup>178</sup> Bei der Vorlage mehrerer Petitionen aus Irland und der „General Petition of the Catholics of Ireland“ im Oberhaus durch den Earl of Donoughmore<sup>179</sup>, vertrat dieser die Auffassung, dass man der irischen Nation Zugeständnisse machen und die Diskussionen über diese Probleme nicht von einer Session auf die kommende verschieben sollte. Nach langen Kriegsjahren biete sich jetzt eine günstige Gelegenheit, den irischen Katholiken das oberste Privileg für den Bürger eines freien Staates zu gewähren, das Recht in beiden Häusern des Parlaments repräsentiert zu sein<sup>180</sup>; hierfür sprächen alle äußeren Eindrücke. Die jüngste Tätigkeit des irischen „Catholic Board“, der Interessenvertretung der Katholiken, habe jedoch der katholischen Sache wenig gedient. Sein Verhalten habe sie eher behindert, denn eine Diskussion der Emanzipationsfrage sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig sinnvoll.<sup>181</sup> Diese Auffassung teilten die meisten Mitglieder des Oberhauses, selbst der katholische Duke of Norfolk, wenn auch widerwillig.<sup>182</sup>

Nachdem auch das Unterhaus diese Frage wieder vertagt hatte, verschärfte sich die kritische innenpolitische Lage in Irland, zumal am 3. Juni 1814 der „Catholic Board“ aufgelöst wurde, da er aufrührerische Ziele verfolge und den öffentlichen Frieden in Irland störe.<sup>183</sup> In diesem Zusammenhang stand auch

<sup>176</sup> Vgl. die Brief Peels: Peel, *Private Papers* I, 139 ff.

<sup>177</sup> Hansard I/XXVII HoC, Sp. 459 ff. (21.4.1814).

<sup>178</sup> Hansard I/XXVII HoC Sp. 456 ff. (21.4.1814), Sp. 871 f. (13.5.1814), Sp. 931 ff. (17.5.1814), Sp. 1016 ff. (24.5.1814), Sp. 1027 f. (27.5.1814) Hansard I/XXVIII HoL Sp. 14 ff. (8.6.), Sp. 359 ff. (28.6.1814) HoC Sp. 31 f. (8.6.1814), Sp. 487 ff. (1.7.1814).

<sup>179</sup> Hansard I/XXVIII HoL Sp. 14 (8.6.1814).

<sup>180</sup> *Ibid.*, Sp. 15 f.

<sup>181</sup> *Ibid.*, Sp. 17.

<sup>182</sup> *Ibid.*, Sp. 23 ff., Sp. 24 (Duke of Norfolk), Sp. 25 f. (Earl Grey).

<sup>183</sup> Abgedruckt Hansard I/XXVIII, Sp. 22 f.

eine Motion Peels im Unterhaus für ein Gesetz zur wirksameren Anwendung bestehender Gesetze in Irland, die er am 23. Juni einbrachte.<sup>184</sup> Als Peel die Motion angemeldet hatte, hatte er sie bewusst ganz allgemein gehalten, um sich alle möglichen Maßnahmen offen zu halten. Dabei gedachte er, gesetzliche Bestimmungen zu erreichen, die den Behörden durch ein Polizeigesetz Mittel an die Hand gaben, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ohne Rückgriff auf den „Insurrection Act“ notwendig waren.<sup>185</sup> Das Polizeigesetz sollte durch Sondervollmachten auf drei Jahre für bestimmte Bezirke ergänzt werden.<sup>186</sup> Die Notwendigkeit wirksamer gesetzlicher Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Irland, nachdem sich die Hoffnungen auf eine „heilsame Wirkung“ der Wiederherstellung des europäischen Friedens auf Irland nicht einstellten, begründete Peel vor dem Unterhaus damit, dass die herkömmlichen Befugnisse der Zivilbehörden zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit nicht ausreichten, der „Insurrection Act“ als zu weitgehend den augenblicklichen Bedürfnissen nicht entsprechen würde. Die Ursachen für die angespannte Lage in Irland sah er weniger in sozialen Problemen. Er führte sie vielmehr auf religiöse und politische Gründe zurück:

1. Die Agitation der Presse und aufrührerische Reden von Mitgliedern des „Catholic Board“ hätten die religiösen Gegensätze im Lande erneut aufbrechen lassen. Als Wirkung lasse sich feststellen, dass die irischen Katholiken das Gefühl hätten, dass die Regierung bei Verstößen gegen die Gesetze bei Protestanten und Katholiken unterschiedliche Maßstäbe anlege.

2. Die Tätigkeit politischer Vereinigungen. Diese würden in zwei Formen auftreten. Einmal Gruppen mit unterschiedlichen Zielen, die Vorgaben, lokale Missstände zu beseitigen. Sie versuchten, ihre Ziele durch Terror durchzusetzen und gingen gegen Personen, die sich ihrem Willen widersetzten – z. B. Weigerung Zahlungen zu leisten – mit Repressalien und Gewalt vor. Als Beispiel nannte Peel die „Caravats“ im Queen’s County und die „Carders“ im County Westmeath.<sup>187</sup> Die zweite Gruppe von konspirativen Vereinigungen verfolge das Ziel des Umsturzes der bestehenden Regierung. Es sei ein Eid bekannt geworden, der die Mitglieder u.a. verpflichtete, bei einer französischen Landung die Invasoren zu unterstützen.

<sup>184</sup> Hansard I/XXVIII Sp. 163 ff. (23.6.1814). Vgl. auch *Annual Register 1814* (General History), 159 ff.

<sup>185</sup> Peel, *Private Papers I*, Peel – Gregory, 11.6.1814, S. 143 f. *I have given notice of a motion in very general terms respecting the preservation of the peace in Ireland, so that I may propose anything I please*, 143.

<sup>186</sup> *Ibid.*, *I should like to have for the next three years some additional powers in the proclaimed districts beyond those which it gives. If I could include these permanent and temporary provisions in the same Act, under the modest title of „An Act for the Preservation of the Peace in certain districts“, I should get what I believe would be much more effectual than the old Insurrection Act*, 143 f.

<sup>187</sup> Hansard I/XXVIII Sp. 646 ff. (8.7.1814) sowie *Annual Register 1814*, General History, 160.

Die Gesetzesvorlage passierte nach zwei Lesungen das Parlament.<sup>188</sup> Auch zusätzliche Maßnahmen, die dem Lord Lieutenant erweiterte Vollmachten erteilten, wie die Erklärung des Ausnahmezustandes für eine Distrikt, die Verhängung von Ausgangssperren sowie die Einberufung von Sondergerichten, wurden trotz mancher Bedenken verabschiedet.<sup>189</sup>

Die "irische Frag" wurde in der Folgezeit zu einem immer wiederkehrenden Konfliktherd der britischen Innenpolitik, der in den außenpolitischen Überlegungen Berücksichtigung finden musste. Dieser Zusammenhang wird deutlich, wenn man die Rolle Irlands als Faktor für die Bedingungen eines künftigen Friedens berücksichtigt.

### 6. Erwartungen und Hoffnungen

Die Nachricht vom Sieg der Allianz über Napoleon wurde u. a. gerade aufgrund der kritischen Situation in Irland mit Erleichterung aufgenommen. Die Verantwortlichen für die Regierung und Verwaltung Irlands hatten daher auch zu den entschiedensten Gegnern eines Verhandlungsfriedens mit Bonaparte gehört und hätten ihm größte Widerstände entgegengesetzt. Die letzten Kriegsjahre gegen Napoleon und der gleichzeitige militärische Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten in Irland zu einer gespannten und schwierigen Lage geführt. Im Londoner "Irish Office" und in "Dublin Castle" glaubte man, ein Friedensschluss mit Napoleon werde nicht die gewünschte Wirkung auf Irland haben und keine Garantie für einen dauerhaften Frieden bieten. Es ist nur zu verständlich, wenn besonders der damalige Vizekönig von Irland, Lord Whitworth, der 1802–1803 britischer Botschafter in Paris gewesen war, diese Meinung vertrat. Auch Peel sah, wie er an Croker, den Sekretär der Admiralität, in einem Frieden mit Napoleon eine Gefahr für Europa und Irland. In einem Brief an Sir Charles Flint, seinem Mitarbeiter im "Irish Office" warnte er, dass Großbritannien einen Frieden der Mäßigung bald bitter bereuen werde, sei doch zu erwarten, dass Bonaparte sofort seine Aufmerksamkeit Irland zuwenden<sup>190</sup> und dort innerhalb von zwei Jahren eine Revolution ausbrechen werde.<sup>191</sup>

<sup>188</sup> Hansard I/XXVIII HoC Sp. 259 ff. (27.6.1814), Sp. 532 ff. (1.7.1814).

<sup>189</sup> Ibid., HoC Sp. 646 ff. (8.7.1814), Sp. 686 ff. (13.7.1814), Sp. 739 ff. (15.7.1814), Sp. 809 ff. (20.7.1814), HoL Sp. 822 ff. (21.7.1814), Sp. 853 ff. (27.7.1814) und Sp. 862 ff. (28.7.1814). Einen guten Überblick zu den Debatten bietet *Annual Register* (General History), 159–163.

<sup>190</sup> Peel, *Private Papers* I, 127: *Let Bonaparte make peace, keep strict faith with the Continental Powers, and turn his attention to Ireland, and he will make us all repent of moderation.* Am 2.4.1814 schrieb Peel an Whitworth über den Abbruch der Verhandlungen von Châtillon mit den Worten *We are at length relieved from the dangers and horrors of peace*, 128.

<sup>191</sup> Ibid., 137: Michael Burke – Peel, Galway, 18.4.1814: *My satisfaction on that event* (i.e. the fall of Bonaparte, WDG) *has been increased by the opinion which I expressed to you some time back,*

Ein Verhandlungsfriede mit Bonaparte war im Lande nicht nur wegen der möglichen negativen Auswirkungen auf Irland unpopulär. In der Öffentlichkeit wurde einem Frieden mit Napoleon nur kurze Dauer prophezeit, da man ihm nicht trauen könne. Hinzu kam, dass seit dem Wiederausbruch des Krieges 1803 Bonaparte als „Feindbild“ aufgebaut worden war. Es wäre für Außenminister Castlereagh keine leichte Aufgabe gewesen, hätten die Verhandlungen in Châtillon zum Friedensschluss geführt, seine Landsleute davon zu überzeugen, dass er einen sicheren, dauerhaften Frieden ausgehandelt habe. Zu tief verwurzelt war die Vorstellung, das Frankreich des Generals Bonaparte könne nur ein Militärstaat mit expansiven Zielen sein.<sup>192</sup>

Unterschiedliche Aufnahme fand in Großbritannien die nach dem Sturz Napoleons vom Senat ausgearbeitete Verfassung vom 6. April 1814. Die „Charte constitutionelle“ betonte in ihrer Präambel, dass die konstitutionelle Monarchie als ein Pakt zwischen König und Volk anzusehen sei.<sup>193</sup> Kritiker aus dem britischen Regierungslager, die den Bourbonen nahe standen, hielten diese Formulierung für höchst bedenklich und bemängelten auch die Art und Weise des Zustandekommens der „Charte“. Die neue französische Monarchie, so argumentierten sie, sei zu stark durch Verfassungsbestimmungen eingeschränkt. Man hielt es auch nicht für rechtens, einen König durch das Volk wählen zu lassen, wenn die Bourbonen in ihre legitimen Rechte wiedereingesetzt werden sollten.<sup>194</sup> Bedenken wurden auch gegen die Zusammensetzung und die verfassungsmäßigen Rechte des Senats vorgebracht.<sup>195</sup> Selbst Castlereagh, der die

---

*that peace with him would not tend to preserve the peace of this country (i.e. Ireland, W.D.G.). On the contrary, it is my decided opinion that within two years after such a peace we should have a rebellion in this country. The conduct of some persons who I consider were attached to him, confirmed me in this opinion.*

<sup>192</sup> S. o. Kap. 2.1.

<sup>193</sup> Dupuis, *Ministère de Talleyrand* I, 197 ff. Jean Baptiste Honoré Raymond Capefigue, *Histoire de la Restauration et des causes qui ont amené la chute de la Brancheainée des Bourbons*, 4 Bde. (Paris, <sup>3</sup>1842), Bd. I, 138 ff.

<sup>194</sup> Peel, *Private Papers* I, Peel – Whitworth, Irish Office, 15.4.1814: *The King of France and his party at Hartwell are not in great spirits, I hear. They think, and with justice, that the authorities in Paris have tied up the monarchy too much in their new constitution. The Provisional Government have drawn up their proceedings in a crude and undigested manner. In some places they call Louis by the hereditary title which he claims, Louis XVIII. If he be Louis Dix-huit, and be admitted by that name, why elect him to the sovereignty of the French nation, why not recall him as King de jure? But what I object to principally is, their conduct in granting all the immunities and indulgences to the French nation before the arrival of the legitimate Sovereign. Surely it would have been politic and just to have allowed him to grace the resumption of his authority by a voluntary surrender of any odious privilege*, 130 f.

<sup>195</sup> Cooke – Castlereagh, FO, 14.4.1814 (CC IX, S. 462) *Such a House of Lords! Without family, property, character!*

vom Senat ausgearbeitete Verfassung grundsätzlich billigte, hatte Vorbehalte gegen die Erblichkeit der Senatoren würde<sup>196</sup>. Der Außenminister hatte auch heftig kritisiert, dass der Zar im Namen der Allianz eine Verfassung garantierte, deren Inhalt noch nicht bekannt war. Nach Veröffentlichung der “Charte constitutionelle” erschien es Castlereagh vor allem wesentlich, dass die gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs ohne Hinzuziehung des Volkes die Verfassung ändern, als Korrektiv für die zum Teil überstürzte Arbeit der ersten Verfassungskommission wirksam werden und die Verfassung den Bedürfnissen Frankreichs gemäß modifizieren konnten.

Die Whigs dagegen waren mit der Proklamation Alexanders vom 31. März 1814 an das französische Volk und mit der vom Senat ausgearbeiteten Verfassung hoch zufrieden. So äußerte Samuel Whitbread, den Prinzregent Georg als den nach Bonaparte schlechtesten von Gott geschaffenen Menschen bezeichnet hatte, seine volle Zufriedenheit mit den Vorgängen in Frankreich seit der Kapitulation:

“Eine beschränkte Monarchie in Frankreich, mit Religionsfreiheit, einer freien Presse und den gesetzgebenden Körperschaften, wie sie vor der Anerkennung der Bourbonen stipuliert wurden, machen die Restauration der Bourbonen für einen Verfechter der Freiheit und einen Menschenfreund zu einem Akt, den er nicht bedauern muss. Paris gerettet, Bonaparte zur Abdankung gezwungen, nachdem alles versucht worden war, um mit ihm einen Frieden zu schließen, zu Bedingungen, die er blöd war abzulehnen – Das ist mehr, als ich zu hoffen wagte [...] Gott gebe uns einen langen und ruhmreichen Frieden”.<sup>197</sup> Whitbread gab auch der Hoffnung Ausdruck, dass Prinzregent Georg durch Entgegenkommen in innenpolitisch kontroversen Punkten, wie etwa in der seit 1812 wieder virulenten Frage der Katholikenemanzipation, zum inneren Frieden beitragen und eine ähnliche Popularität bei den Whigs gewinnen könnte, wie Zar Alexander: denn gerade die Förderung liberaler Ziele und Institutionen in Paris hatte Zar Alexander bei der liberalen Opposition in Großbritannien nicht nur zum “militärischen Befreier” Europas werden lassen. Napoleons Fall und die Wiedereinsetzung der Bourbonen waren für die führenden Whigs eine herbe Enttäuschung, wurden doch nun auch ihre Hoffnungen auf die Rückkehr in die Regierungsverantwortung zunichte gemacht. Immerhin eröffnete sich die Perspektive, dass die parlamentarische Opposition im Frieden weniger Rücksichten nehmen mußte und dadurch ihre Wirkungsmöglichkeiten im Parlament erhöhen konnte. Die Probleme des Friedens für die Regierung wurden auch bereits erkannt. So schrieb Henry

<sup>196</sup> Castlereagh – Liverpool, Paris, 20.4.1814 (CC IX, 481).

<sup>197</sup> Whitbread – Thomas Sheridan, 10.4.1814 (Creevy, *Papers* I, 190 f., 191).



Brougham in einem Brief an Thomas Creevey, dass durch das Ende des Krieges tausende von Offizieren überzählig seien und daher entlassen werden müssten. Dies gelte auch für andere nur in Kriegszeiten erforderliche Funktionsträger. Die durch diese zwangsläufigen Maßnahmen entstehende Unzufriedenheit werde sich gegen die Regierung und die Früchte des Friedens auswirken und für diesen Personenkreis spürbarer sein als Steuersenkung. Jetzt sei für die Opposition der Zeitpunkt gekommen, ihre Zurückhaltung aufzugeben und die Furcht abzulegen, möglicherweise durch ihr Wirken den Prinzregenten Georg zu verletzen. Die Gegner der Regierung im Parlament müssten jetzt keine Bedenken mehr haben, verketzert zu werden, wenn sie Reformen forderten. Die in Kriegszeiten mögliche Unterstellung, erst Revolution dann französische Invasion, könne nun keine Gültigkeit mehr haben.<sup>198</sup> In den Überlegungen Broughams, der 1812 seinen Parlamentssitz verloren hatte und eifrig um eine Rückkehr in das Unterhaus bemüht war,<sup>199</sup> finden sich bereits die zentralen Themen kommender parlamentarischer Auseinandersetzungen: Abschaffung der Patronage, Steuersenkungen, Verminderung von Armee und Marine,

<sup>198</sup> Vgl. auch Grenville, *Papers X*, Auckland – Lord Grenville, 12.4.1814, S. 388 f. sowie Creevey, *Papers I*, 192 f. Henry Brougham – Creevey, Temple 1814 „I write to congratulate you on this most speedy and compleat, as well as favorable termination of the Revolution. I pass over the reasons for approving of it as regards France. These are many – but I look chiefly to England. We have been working day and night (and seldom succeeding) to knock off a miserable £ 10,000 or £ 20,000 a year from the patronage of the Crown. This event cuts down 50 or 60 millions at once. If we had made peace with B(ona) p(ar)te, Prinney (i. e. Nickname for the Prince Regent, W.D.G.) would have beenn bitterly annoyed, the aristocrats humbled, the ministers (a good, quiet, easily-beaten set of blockheads) turned out, and a much worse and stronger set of men put in their places; but who could have looked to any real diminution of Army, Navy and expenditure? It would have been impossible. Now, there is not a pretence for keeping these sources of patronage open. Besides – the gag is gone, which used to stop our mouths as often as any reform was mentioned – ‘Revolution’ first, and then ‘Invasion’. These cues are gone. It really appears to me that the game is in the hands of the Opposition. Every charge will now breed more and more of discontent. The dismissal of officers and other war functionaries will throw thousands out of employ, who will sooner or later ferment and turn to vinegar. All this will tell ag(ain)st Gov(ernmen) and the benefits of peace. The relief from taxes & c., will never be able to tell much for them. One should think these things evident enough, and yet the Cole School (i.e. e.g. the Whigs Tierney, Abercomby) and Holland House (i.e. Lord Holland, Earl Grey) above all, are in perfect despair. Vgl. Auch ebenda, 191 f. Hon. H. G. Bennet, M. P. – Creevey, Brooks, 1814 (April) *Nothing new. The Boneys & Co. are understood to have left Fontainebleau on the road to Italy. What a fall! And what a triumph for sound doctrines of freedom! The Coles look very low. Their chance of office is at 100 per cent. Discount, and their Holland Housians are in a sad quandary... Pray don’t forget that a Gov(ernmen)t is not supported a hundredth part so much by the constant, uniform, quiet prosperity of the country, as by these damned spurts which Pitt used to have just in the nick of time, and latterly by the almost daily horn and gun under which we have been living (Hervorhebungen, W.D.G.).*

<sup>199</sup> Vgl. ebenda, Brougham – Creevey, Lancaster 1814,193.

Reformforderungen. Im Mittelpunkt der aktuellen Auseinandersetzungen standen jedoch zunächst andere Themen.

### 7. Die Frage der Abschaffung des Sklavenhandels

1807 hatten beide Häuser des britischen Parlaments mit dem "Slave Trade Act", der 1808 in Kraft trat den Sklavenhandel verboten.<sup>200</sup> Großbritannien wurde zum Vorreiter für die Abschaffung des atlantischen Sklavenhandels. Am 20. Juni 1814, sollte im House of Commons eine Debatte über die Abschaffung des Sklavenhandels und die im Pariser Friedensvertrag zwischen Großbritannien und Frankreich hierzu vereinbarten Bestimmungen stattfinden, zu der auch der Zar und seine Schwester erschienen. Wegen der Erkrankung von Außenminister Castlereagh musste die Debatte jedoch verschoben werden.<sup>201</sup> Die Abschaffung des Sklavenhandels und seine Regelung im Friedensvertrag mit Frankreich waren ein innenpolitisch brisantes Thema und konnten ohne die kühle, nüchterne und sachliche Argumentation des Außenministers und "Leaders of the House of Commons" im Unterhaus gegen die zu erwartenden Angriffe der Opposition nicht erfolgreich verteidigt werden, zumal das Kabinett nur widerwillig den Verhandlungsergebnissen zugestimmt hatte. Es kam nicht von ungefähr, dass der Zar und seine Schwester sich gerade diese Debatte für ihren Besuch im Unterhaus ausgesucht hatten, denn die britischen "Abolitionisten" hatten versucht, Alexander für ihre Ziele zu gewinnen. William Wilberforce, der seit über 25 Jahren im Parlament und in der Öffentlichkeit für die Abschaffung des Sklavenhandels gekämpft hatte<sup>202</sup>, war tief enttäuscht, dass die Regierung Liverpool, trotz ihrer Zusicherung, und entgegen der Parlamentsadresse an den Prinzregenten, die Aufnahme eines Passus über die endgültige Abschaffung des Sklavenhandels in den Friedensvertrag für unerreichbar und bestenfalls eine Übergangsperiode für erreichbar hielt. Wilberforce bereitete eine Adresse an Zar Alexander vor und wollte zunächst selbst nach Paris reisen, um im Sinne der Abolition zu wirken. Er gab dieses Vorhaben jedoch auf und entsandte

<sup>200</sup> An Act for the Abolition of the Slave Trade 25.3.1807 (43 Geo III Sess 1c 36).

<sup>201</sup> Colchester, *Diaries & Correspondence* II, 503: *Afterwards the Emperor of Russia and the Duchess of Oldenburgh came, but Lord Castlereagh being ill, the expected debate on the Slave Trade did not take place.* Zar Alexander hatte sich gegenüber William Wilberforce, der den Zaren um Unterstützung für die Abschaffung des Sklavenhandels bat, abfällig über Castlereaghs Eintreten für den Sklavenhandel in Paris geäußert: 'What could be done, when your own ambassador gave way?' (Robert Isaac Wilberforce, Samuel Wilberforce, *The Life of William Wilberforce*, 5 Bde. (London, 1838), Bd. IV, 191).

<sup>202</sup> William Wilberforce (1759–1833) gehörte von 1780 bis 1825 ohne Unterbrechungen dem Unterhaus an. Er war der entschiedenste Verfechter der Abolition. Vgl. auch Wilberforce, *Life of William Wilberforce*. Zu seinen Aktivitäten im Frühjahr und Sommer 1814 vgl. *Ibid.*, IV, 172 ff.

stattdessen Zachary Maucaily, da er sich größere Wirkung von seiner Debatte im Unterhaus<sup>203</sup> versprach. Anlässlich der Vorlage des Pariser Friedensvertrages vom 30. Mai 1814 im Unterhaus am 27. Juni 1814 protestierte Wilberforce unter dem Beifall des Hauses feierlich gegen die Bestimmungen über die Abschaffung des Sklavenhandels<sup>204</sup>, die für zahlreiche unschuldige Männer, Frauen und Kinder das Todesurteil bedeutete. Seine Adresse, dass die britischen Bevollmächtigten auf dem bevorstehenden europäischen Kongress alles versuchen sollten, um die Übergangsperiode von vier Jahren zu verkürzen bzw. überhaupt aufzuheben, wurde vom Unterhaus einstimmig gebilligt.<sup>205</sup> Außenminister Castlereagh, der in Paris die Verhandlungen mit Talleyrand über die Frage der Abschaffung des Sklavenhandels geführt hatte, griff ebenfalls in die Debatte ein.<sup>206</sup> Wegen seiner Haltung in Paris wurde er, insbesondere von der Whig-Opposition, heftig kritisiert. Auch Zar Alexander hatte bei seinem Zusammentreffen mit Wilberforce am 12. Juni 1814 in London das Verhalten Castlereaghs verurteilt und versichert, die Ziele der Abolitionisten weiterhin zu unterstützen; über den Friedensvertrag bemerkte er, was man denn erreichen könne, wenn der eigene Vertreter nachgab?<sup>207</sup> Wilberforce war zu keiner Zeit bereit, die Frage der Abschaffung des Handels mit Negersklaven in die tagespolitischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition hineinziehen zu lassen, und hatte sich bei seiner Antragsbegründung im Unterhaus Zurückhaltung auferlegt<sup>208</sup> und die Adresse an den Prinzregenten so abgefasst, dass sie eine breite Mehrheit finden würde. Castlereagh begründete im Unterhaus nochmals die Überlegungen, die zu jenem Artikel des Friedensvertrages über die Abschaffung des Handels mit Sklaven geführt hatten<sup>209</sup>: Er begrüßte die Adresse von William Wilberforce wärmstens und bedauerte es sehr, dass in

<sup>203</sup> Wilberforce, *Life of Wilberforce* IV, 177 ff. Zur Mission Maucaily vgl. *Ibid.*, 183 ff. Vgl. auch Webster, *Castlereagh* I, 472.

<sup>204</sup> Hansard I/XXVIII HoC Sp. 267–278 (27.6.1814). Vgl. auch eine Äußerung von Wilberforce: *I cannot but conceive that I behold in the hands of the Noble Lord (i.e. Castlereagh, W.D.G) the death warrant of a multitude of innocent victims, men, women and children, whom I had fondly indulged the hope of having myself rescued from destruction* (zitiert nach Nicolson, *Congress of Vienna*, 212).

<sup>205</sup> Hansard I/XXVIII HoC Sp. 297 (27.6.1814). Die Adresse Wilberforce's *Ibid.*, Sp. 275–278. Vgl. auch Colchester, *Diaries & Correspondence* II, 505.

<sup>206</sup> Hansard I/XXVIII HoC Sp.m 297.

<sup>207</sup> Robert Isaac Wilberforce, Samuel Wilberforce, eds., *The Life of William Wilberforce*, Bd. IV, 191; vgl. auch Dies., *The Correspondence of William Wilberforce*. 2 Bde. (London: John Murray, 1840); vgl. auch Robin Furneaux, *William Wilberforce* (London: Hamish Hamilton, 1974), 332ff.; William Hague, *William Wilberforce. The Life of the Great Anti-Slave Trade Campaigner* (London New York: Harper Perennial, 2008).

<sup>208</sup> *Ibid.*, 193 f.

<sup>209</sup> Hansard I/ XXVIII HoC Sp. 273–284 (27.6.1814).

den Verhandlungen die Abschaffung des Negerhandels nicht sofort durchgesetzt werden konnte. Dass die Regierung richtig gehandelt habe, als sie einer Übergangsfrist zustimmte, würden die Mitglieder des Hauses besser verstehen, wenn die Frage der Abschaffung des Sklavenhandels nicht isoliert vom Gesamtvertrag diskutiert werden müsste. Dies bedauere er sehr, stünde es doch dann außer Zweifel, dass die Regierung ihre Pflicht getan habe.<sup>210</sup> Castlereagh verwies somit auf den Gesamtzusammenhang in dem die Frage der Abolition zu sehen und zu beurteilen sei. Moral könne nicht mit vorgehaltenem Bajonett erzwungen werden, sondern beruhe auf Überzeugung und Freiwilligkeit.<sup>211</sup> Man verkenne im Hohen Hause, dass auch ein Junktim zwischen sofortiger Abschaffung des Sklavenhandels und Rückgabe von Kolonien an Frankreich ohne Aussicht gewesen sei, denn die Aufrechterhaltung der britischen *Sine qua non* – Forderung hätte folgende Konsequenzen nach sich gezogen:

1. Frankreich hätte ein Junktim zwischen Rückerstattung von Kolonien und sofortiger Einstellung des Sklavenhandels nie akzeptiert. Die französische öffentliche Meinung hätte hierin nur einen Vorwand für England gesehen, mit angeblich humanitären Zielen den Krieg fortzuführen, um britische Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Die britische Regierung aber habe die Abschaffung des Sklavenhandels nie als Kriegsgrund betrachtet.

2. Großbritanniens Beharren auf jenem Junktim hätte die Auflösung der Allianz heraufbeschworen, die Europa vom napoleonischen Joch befreite.<sup>212</sup> Hierzu konnte Großbritannien nicht bereit sein.<sup>213</sup> Die Trennung beider Fragen habe den Bruch des Bündnisses verhindert und darüber hinaus die französische Erklärung zur Sklavenfrage bewirkt, der gerade im Hinblick auf den Kongress hohe Bedeutung zukomme.

Abschließend verteidigte Castlereagh nochmals seine Verhandlungsführung in der Sklavenfrage. Die Stellungnahme erhellt die Grundüberzeugungen seiner Politik, die auch vom Kabinett getragen wurde: Der erstrebten Abschaffung des Sklavenhandels sei mehr gedient, wenn Regierung und Parlament aller Welt ihre Entschlossenheit vor Augen führten, als wenn sie Frankreich zwingen würden, die Abschaffung auf Kosten des Weltfriedens durchzuführen. Erfahrung und Weisheit hätten gelehrt, dass Gewalt und Krieg nicht der erfolgversprechende Weg zur Erreichung dieses Zieles seien.<sup>214</sup> Auf dem Wiener Kongress wurde

<sup>210</sup> Ibid., Sp. 278.

<sup>211</sup> Ibid., Sp. 279: *If France could not be persuaded to act in the manner desired, she could not be compelled to it, nor was it to be expected that she could be taught morality at the point of the bayonet.*

<sup>212</sup> Ibid., Sp. 280.

<sup>213</sup> Ibid., Sp. 283 f.

<sup>214</sup> Ibid., Sp. 284: *He conceived that it would assist the cause of abolition, by shewing the world*

1814/15 ein eigener Ausschuss zur Abschaffung des Sklavenhandels eingerichtet an dem neben den aktuellen fünf Großmächten auch die früheren Großmächte Spanien, Portugal und Schweden teilnahmen. Die Mächte verpflichteten sich zur vollständigen Abschaffung des Sklavenhandels.<sup>215</sup> Die acht Mächte erklärten, *a la face de l'Europe, que regardant l'abolition universelle de la traite des nègres comme une mesure particulièrementdigne de leur attention, conforme à l'esprit du siècle* seien sie *animés du désir sincère de concourir à l'exécution la plus prompte et la plus efficace de cette mesure, par tous les moyens à leur disposition*.<sup>216</sup> Sie werden dieses Ziel mit Eifer und Beharrlichkeit verfolgen. Die Abschaffung des Sklavenhandels sei für sie *une si grande et belle cause*. Castlereagh setzte diese Konvention vor seiner Abreise aus Wien durch. Sie enthielt aber kein Datum für die definitive Abschaffung des Sklavenhandels. Die Frage wurde auf Konferenzen immer wieder besprochen. Es sollte aber noch mehrere Jahrzehnte dauern bis der letzte Staat 1888 den Sklavenhandel endgültig beendete. Die Beratungen über den Sklavenhandel waren es, die Castlereagh mit einem Ergebnis abgeschlossen haben wollte ehe er zu den Parlamentssitzungen nach London zurückkehrte.

### 8. Großbritannien: Friede als Nationales Interesse und "Workshop of the World"<sup>217</sup>

Der Übergang von einer Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft ist für jeden Staat eine kritische Phase und eine schwierige Herausforderung.

*the continued determination of the Government and Parliament of this country never to abandon a measure to which they were solemnly pledged, and which they would support by every means, consistent with the peace and good order of the world [... ] Anxious as they were for the adoption of the principle contended for by his hon. Friend, they did not think it right to force it upon other nations, at the expence of their honour, and of the tranquillity of the world. Morals were never well taught by the sword; their dissemination might sometimes be made a pretext for ambition, but the real object could not be long concealed; and it was to the light of experience, to the promulgation of wisdom, and not to the exercise of violence, or the influence of war, that they could look with any prospect of success, for the abolition of the Slave Trade.*

<sup>215</sup> Zu den Protokollen über die Verhandlungen des Wiener Kongresses über "Abschaffung des Negerhandels" vgl. Johann Ludwig Klüber, ed., *Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815*, Bd. 34, Heft 13–16. Erlangen: Palm & Enke 1815, 509ff; *Ibid.*, Stück XLIV *Déclaration des plénipotentiaires des puissances qui ont signé le traité de paix de Paris du 30 mai 1814, relativement à l'abolition de la traite des nègres d'Afrique du commerce des esclaves; datée de Vienne le 8 février 1815*, 531–533.

<sup>216</sup> *Ibid.*, 532.

<sup>217</sup> Vgl. hierzu u.a.: Wolf D. Gruner, "The British political, social and economic system and the decision for peace and war: reflections on Anglo-German relations 1800–1939," *British Journal of International Studies* 6 (1980): 189–218; W. D. Gruner, "Friede als nationales Interesse: Großbritanniens Aufstieg zur politischen und ökonomischen Großmacht," in Wolf D. Gruner,

Dies galt insbesondere für Großbritannien zwischen 1792 und 1820. Die industrielle Revolution bedingte auch die Entstehung einer industriellen Massengesellschaft verbunden mit einer rapiden Urbanisierung. Konstitutiv für den inneren Frieden war daher ein möglichst konfliktfreies, multipolares internationales System, das Gewähr für die Offenhaltung der Verbindungswege zwischen Großbritannien und seinen überseeischen Besitzungen bot, dem britischen Handel und der zunehmend exportabhängigen britischen Industrie friedliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete und das Land zum globalen Finanzzentrum aufsteigen ließ. Friede als nationales Interesse war daher mehr als ein Schlagwort. Er war ein zentraler Faktor angesichts einer entstehenden industriellen Gesellschaft. Offene Verbindungswege und der Zugang zu internationalen Märkten waren von grundlegender Bedeutung, um die Versorgung und Ernährung der britischen Bevölkerung zu sichern und den störungsfreien Export und Import von und nach Großbritannien zu gewährleisten, zusätzlich abgesichert durch ein globales Stützpunktsystem.<sup>218</sup> Von den beiden außenpolitischen Strategien Großbritanniens, einem "imperial commitment" und einem "European commitment", setzte Lord Castlereagh als einer der Architekten der Wiener Ordnung von 1815, vor allem auf das "European commitment", zumal zu diesem Zeitpunkt das Königreich Hannover noch in Personalunion mit Großbritannien verbunden war. Die relative Ruhe im internationalen System bot Großbritannien nach den Napoleonischen Kriegen die Möglichkeit, in der Innenpolitik mit den schwierigen finanziellen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Friedens fertig zu werden, die das Land härter als die meisten anderen Staaten betroffen hatten. Um die Entwicklung in evolutionäre Bahnen lenken zu können, galt es, sich auf die steuer-, finanz- und währungspolitischen Veränderungen im Frieden einzustellen, die Folgen der Rezession, in die nach der Landwirtschaft auch Handel und Industrie geraten waren, zu überwinden und die aufgrund der Arbeitsmarktsituation und der Preisentwicklung bei Grundnahrungsmitteln brennenden sozialen Probleme zu lösen. Bis 1821 gelang es dem Kabinett Liverpool, die schwierige innenpolitische Nachkriegssituation, die zunächst die Erwartungen der Bevölkerung nach "Peace and Plenty" nicht erfüllen konnte, zu meistern, die Wirtschaftssituation zu verbessern und durch eine Politik der schrittweisen Reformen das Vertrauen in die aristokratische Herrschaft zu stärken. Hierbei spielte auch eine Rolle, dass in den langen Kriegsjahren sich der Typ des "Berufspolitikers" herausbildete, der sich weniger

---

Bernd-Jürgen Wendt, eds., *Großbritannien in Geschichte und Gegenwart* (Hamburg: Kraemer 1994), 1–36; Sidney Pollard, *Großbritannien, die Industrielle Revolution und ihre welthistorische Bedeutung*, 115–135; Jonathan David Chambers, *The Workshop of the World. British Economic History 1820–1880* (Oxford: Oxford UP, <sup>2</sup>1974).

<sup>218</sup> Vgl. hierzu: Gruner, *Friede als nationales Interesse*, 32ff.

als Vertreter einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft verstanden, deren Interessen sie politisch durchsetzen und erhalten wollten, sondern als eine im Sinne des nationalen Interesses wirkende politische Führungselite. Gerade dieser Strukturwandel in der überschaubaren politischen Führungselite, in deren Hand und Kompetenz im Wesentlichen das „decision making“ lag, wurde zu einer gewichtigen Voraussetzung für die politik des friedlichen Wandels in den Innen- und Außenbeziehungen Großbritanniens. Vor allem gelang es, der aristokratischen Herrschaft den Anschein einer Interessenpolitik für eine einzelne Gruppe in der Gesellschaft zu nehmen und die Regierungspolitik als Interessenvertretung der Nation bewusst zu machen. Außerdem gelang es, der „middling sort of people“, die zunehmend wirtschaftliches Gewicht gewann, das Gefühl zu vermitteln, dass die Regierung sich um die Wahrung der inneren Sicherheit bemühte. Damit konnte dem politisch-sozialen System bis zum Beginn der 1820er Jahre die nötige Stabilität verliehen werden, die es ermöglichte, mit den Problemen einer entstehenden Industriegesellschaft fertig zu werden.

Gerade die Analyse der britischen Innenpolitik nach 1815 zeigte, dass das Land mit Hypotheken aus den Kriegen konfrontiert wurde, die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche hatten. Die Lösung der innenpolitischen Probleme hatte Priorität. Diese konnten vor allem auch deswegen bis zum Beginn der zwanziger Jahre bewältigt werden, weil durch die in Wien und Paris geschaffene internationale Ordnung die außenpolitischen Voraussetzungen hierfür vorhanden waren. Zentrum dieses multipolaren internationalen Systems war Europa. Im Mittelpunkt der britischen Überlegungen zur europäischen Neuordnung 1814/15 hatte die Stabilisierung des europäischen Zentrums der zu schaffende Deutschen Bund als „Schlußstein“ der europäischen Friedensordnung gestanden, der eine Festigung und friedliche Fortentwicklung des europäischen Mächtesystems im Sinne eines „doppelten Gleichgewichtes“ gewährleisten sollte.<sup>219</sup> Dies bedeutete, dass Großbritannien zur Erhaltung der friedenssichernden Rolle des Bundes 1819 bereit war, die auf den Karlsbader Konferenzen vorgeschlagenen Maßnahmen für den Bund über Hannover mitzutragen. Dabei spielten neben Problemen der britischen Innenpolitik und der internationalen Politik auch bundespolitischen Überlegungen eine Rolle. Die Sicherheit Hannovers, das bis 1837 in Personalunion mit Großbritannien verbunden war, konnte nur durch einen stabilen Bund gewährleistet werden. Die Friedensordnung von 1814/15 beförderte den Übergang vom alten Europa des Ancien Régime zum Europa der Moderne und Modernität.

---

<sup>219</sup> Vgl. hierzu u.a. Gruner, *Der Deutsche Bund 1815–1866* (München: C. H. Beck, 2012), 13ff.; Jürgen Müller, *Der Deutsche Bund 1815–1866* (München: Oldenbourg, 2006).

Die lange Friedensperiode unterstütze den Prozess der Globalisierung und Industrialisierung und machte den “Handelsstaat” Großbritannien<sup>220</sup> zum “workshop of the world”, zur Weltmacht und führenden Wirtschaftsmacht.

ANGLIA LA SFÂRȘITUL RĂZBOAIELOR NAPOLEONIENE.  
DE LA RĂZBOI LA PACE: PROBLEME ALE ECONOMIEI,  
FINANTELOR, SOCIETĂȚII ȘI ORDINII INTERNE

*Rezumat*

Anglia a purtat războiul împotriva Franței napoleoniene și revoluționare mai mult de 20 de ani (1792–1815). În vederea finanțării războiului și pentru a-și subvenționa aliații, a trebuit să-și reformeze sistemul financiar și modalitățile de impozitare. Anglia a fost prima țară în care a avut loc revoluția industrială și procesul de urbanizare. În vederea realizării exporturilor și importurilor, căile de comunicație trebuiau să rămână deschise ca să asigure aprovizionarea cu materii prime pentru producția industrială și hrănirea populației dintr-o societate industrială de masă în plin proces de dezvoltare și exportare. Niciodată acest lucru nu a fost atins. După război, tranziția de la economia de război la economia în vreme de pace a fost dificilă și a generat probleme economice, financiare și fiscale care au condus la suferință, tulburări și dezamăgire. Ceea ce așteptau oamenii – pace și prosperitate, reducerea poverii fiscale și sprijin pentru agricultură – nu s-a putut realiza. În plus, au apărut probleme de ordin intern, precum legile cerealelor, impozitarea proprietății, statutul prințesei/ reginei Carolina, problemele Irlandei și emanciparea catolică, tulburări în regiunile industriale și, în special, masacrul de la Petterloo din 1819 precum și încă nerezolvata problemă a abolirii comerțului cu sclavi. Cazul Angliei indică limpede problemele trecerii de la o economie de război la o economie pe timp de pace. Ilustrează de asemenea legătura strictă dintre politica internă și cea externă. Ca atare, conceptul de “pace ca interes național” a fost o necesitate pentru dezvoltarea societății industriale de masă și ridicarea sa la un rol dominant, cel de “uzină mondială”.

<sup>220</sup> Ernst Schulin, *Handelsstaat England* (Wiesbaden: Steiner, 1969).